

Einladung zur 17. WR-Bildungswerkstätte

1. Teil:

Wann: **Freitag, 1. September 2017, 19.15 - 21.30 Uhr**

Wo: **Im Kultur-Historischen Museum in Grenchen (3. OG)**

Absyte 3, 2540 Grenchen

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: beiliegende Texte

2. Teil:

Wann: **Samstag, 23. September 2017, 9.30 – 13.00 Uhr**

Wo: **Im Kultur-Historischen Museum in Grenchen (3. OG)**

Absyte 3, 2540 Grenchen

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen:

Situationsplan



Thema der 17. WR-Bildungswerkstätte

Kosmopolitische Demokratie

Literatur: «Das demokratische Weltparlament» von Jo Leinen und Andreas Bummel

Wir freuen uns auf Dich!

Das Kernteam der WRB
30. August 2017/NW

Inhalt

Einleitung	1
Teil I: Die Idee eines Weltparlaments: Ihre Geschichte und Pioniere.....	7
1. Von der Stoa bis Kant: Kosmopolitismus, Naturrecht und Vertragsdenken.....	9
Kosmopolitismus im alten Griechenland 9 — Kosmopolitische Wurzeln in Indien und China 10 — Der Menschheitsstaat bei Vitoria 11 — Friedenskonzeptionen im Zeichen der »souveränen Staatsgewalt« 12 — Die Idee des Gesellschaftsvertrages bei Hobbes und Locke 14 — Vertragsdenken und Völkerstaat bei Wolff 17 — Das kosmopolitische Projekt von Kant 18	
2. Das 18. Jahrhundert: Aufklärung, Revolutionen und Parlamentarismus..	21
Der amerikanische Bundesstaat und repräsentative Demokratie 21 — Die historischen Wurzeln des Parlamentarismus 23 — Kosmopolitismus in der Französischen Revolution 24 — Die »Republik der Menschheit« bei Cloots 26 — Das Ende der kosmopolitischen Strömung 27	
3. Vom Wiener Kongress bis zu den Haager Konferenzen: Integrationslogik und der Beginn des Interparlamentarismus.....	28
Die Völkerrepublik bei Sartorius 28 — Das Programm weltweiter Integration bei Pecqueur 29 — Weltföderation und Weltparlament bei Pecqueur 30 — Tennyson's »Parlament der Menschheit« 32 — Der Kampf um eine Ausweitung des Wahlrechts 33 — Die Entstehung des Interparlamentarismus 34 — Die Gründung der IPU 36 — Die Haager Konferenzen als Impulsgeber 36 — Internationalismus in den USA 37 — Eine Initiative bei der IPU 38 — Argumente aus der deutschen Friedensbewegung 40	
4. Weltkrieg, Völkerbund und die Pariser Konferenz	43
Das Programm der »Round Table«-Gruppe 43 — Die Theorie der soziokulturellen Evolution und eine Weltföderation 44 — Ein Weltparlament auf der Tagesordnung von Versailles 45 — Der »deutsche Entwurf« für eine Völkerbundssatzung 47 — Enttäuschung über den Völkerbund 48	
5. Der Zweite Weltkrieg und die Atombombe: Der Weltföderalismus in der Anfangszeit der UNO	51
Der Föderationsgedanke unter dem Druck des Faschismus 51 — Die Etablierung des Weltföderalismus 52 — Überlegungen über die Nachkriegsordnung 54 — Grundsatzkritik an der UNO und der Schock der Atombombe 55 — Prominente Unterstützung für eine föderale Weltordnung 56 — Demokratie, Nationalstaat und Souveränität in der Kritik von Reves 57 — Albert Einstein und Albert Camus als Für-	

sprecher 58 — Die Position der katholischen Kirche 59 — Der britische Vorstoß von November 1945 60 — Die Frage der Charta-Revisionskonferenz 61 — Die Gründung des Europarates 63 — Der Vorschlag einer Parlamentarischen Versammlung der UNO von Sohn 63 — Entwürfe für eine Weltverfassung 64 — Das Konzept von Clark und Sohn 65 — Parlamentarische Zusammenarbeit für eine Weltföderation 67

6. Die Blockkonfrontation und der Aufstieg der »Nichtregierungsorganisationen« 69

Der Weltföderalismus zwischen den Fronten des Kalten Krieges 69 — Die föderalistische Bewegung und die Gründung der NATO 69 — Das Abklingen des Weltföderalismus und der Weltparlamentsidee 70 — Das World Order Models Project 71 — Die wachsende Bedeutung der »Nichtregierungsorganisationen« 72 — Die Idee einer »Zweiten Kammer« 74 — Die Frage der Stimmengewichtung in der UN-Generalversammlung 75 — Der Reformbericht von Bertrand 76 — Perestroika und der Vorstoß Gorbatschows 77

7. Das Ende des Kalten Krieges: Demokratisierungswelle und Wiederbelebung der Debatte 80

Die Demokratisierungswelle 80 — Die Wiederbelebung der Debatte 81 — Eine Parlamentarische Versammlung bei der UNO als strategisches Konzept 82 — Unterstützung für ein Weltparlament und eine UNPA 83 — Der Bericht der Commission on Global Governance 86 — Der Bericht der Weltkommission für Kultur und Entwicklung 87

8. Kosmopolitismus und Demokratie im Zeitalter der Globalisierung und der »Weltrisikogesellschaft« 89

Globalisierung und Nationalstaat 89 — Die Theorie einer »kosmopolitischen Demokratie« 91 — Die Beiträge von Falk und Strauss 93 — Eine Gemeinschaft der Demokratien? 95 — Die föderale Weltrepublik bei Höffe 96 — Die Forderung nach einem WTO-Parlament und die Rolle der IPU 97 — Weitere Vorstöße in Richtung Weltparlament und UNPA 99

9. Der »Krieg gegen den Terror«, die Rolle der IPU und die Kampagne für ein Parlament bei der UNO 103

Landminenverbot, Strafgerichtshof und Weltsozialforum 103 — Neue Beiträge zur Idee eines globalen Parlaments 104 — Die Konferenzen in Lucknow 105 — Der 11. September und globale Demokratie 106 — Der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 107 — Der Bericht der Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung 108 — Die Kampagne des Ubuntu-Forums 109 — Der Bericht des Cardoso-Panels 110 — Wachsende Unterstützung für eine UNPA 112 — Die internationale Kampagne für eine UNPA 115 — Forderungen nach einer UNPA ab 2007 118 — Die dritte Weltkonferenz der Parlamentssprecher 121 — Die Resolution des Europaparlaments von 2011 122 — Die Empfehlungen von de Zayas 124 — Neuere Entwicklungen 125 — Der Bericht der Albright-Gambari-Kommission 126

Teil II: Regieren und Demokratie im Anthropozän	129
10. Das Anthropozän, planetare Grenzen und die Tragödie der Gemeingüter	132
Das Zeitalter des Menschen 132 — Die Grenzen des Erdsystems 133 — Das Problem des Freiwilligkeitsprinzips 135 — Die »Tragödie der Gemeingüter« 137 — Das Management globaler Gemeingüter 138 — Das Generationenproblem 140 — Globale Mehrheitsentscheidungen 141 — Die Tragödie des Völkerrechts 142	
11. Die Wachstumsproblematik, die »Große Transformation« und eine globale ökosoziale Marktwirtschaft	144
Overshoot und der ökologische Fußabdruck 144 — Das Ende der Wachstumsutopie 145 — Die Herausforderung globaler ökosozialer Entwicklung 146 — »Politikblockaden« als Hauptproblem der Transformation 147 — Staatsbildungsprozess und Entstehung der Marktwirtschaft 148 — Die Doppelbewegung zwischen Marktfundamentalismus und Dirigismus 149 — Eine globale ökosoziale Marktwirtschaft 150	
12. Turbokapitalismus, Finanzkrise und der entfesselte globale Wettbewerb	153
Die Aktualität der Doppelbewegung und die Frage der Emanzipation 153 — Die Finanzkrise und das fortbestehende Systemrisiko 154 — Staatliche Interventionen zur Stabilisierung des Finanzsystems 156 — Das Finanzsystem als »prioritäres globales öffentliches Gut« 157 — Das anarchische Völkerrechtssystem 158 — Liberalismus, Laissez-faire und die Frage eines Weltstaates 159 — Der globale Deregulierungswettlauf 160 — Die zentrale Rolle der Steueroasen und anonymer Strohfirmen 162 — Die versteckten Billionen 164 — Globale Staatsbildung als Ziel der Gegenbewegung 165	
13. Die Frage einer Weltwährung, globale Steuern und weltweiter Fiskalföderalismus	167
Weltwährung und Weltzentralbank 167 — Externe Effekte nationaler Währungspolitik und Währungskriege 168 — Neuere Vorschläge einer Weltreservewährung 169 — Der steuerpolitische Abwärtswettlauf 170 — Eine einheitliche Besteuerung multinationaler Unternehmen 172 — Die Ablehnung durch die OECD 173 — Globaler Fiskalföderalismus und die Wiederherstellung fiskaler Souveränität 174 — Vorschläge für globale Steuern 175 — Die Verwaltung, Kontrolle und Verwendung globaler Steuereinnahmen 177	
14. Weltinnenpolitik, transsouveräne Probleme und komplexe Interdependenz	179
»Transsouveräne Probleme« 179 — Der Begriff der Interdependenz 180 — Transgouvernementale Netzwerke und die Verschmelzung von Innen- und Außenpolitik 181 — Entwicklungsphasen der internationalen Ordnung 183 — Souveränität und das Zeitalter der »Implosion« 184	

15. Die Fragilität der Weltzivilisation, existentielle Risiken und die Evolution des Menschen.....	186
Das Potential eines weltweiten Zusammenbruchs 186 — Das Genom als Erbe der Menschheit 187 — Reprogenetik 188 — Transhumanismus und künstliche Intelligenz 189 — Autonome Waffensysteme 190 — Bioterrorismus, Nanobots und neue Viren 191 — Die Notwendigkeit weltrechtlicher Regulierung 192	
16. Die Bedrohung durch Nuklearwaffen, »allgemeine und vollständige Abrüstung« und kollektive Sicherheit.....	195
Der Atomkrieg als Ende aller Dinge 195 — Die Gefahr einer Abdrift zum Atomkrieg 196 — Das Risiko nuklearer Zwischenfälle 197 — Die unerfüllte Verpflichtung zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung 199 — Die Architektur nuklearer Abrüstung 201 — Der Zusammenhang zwischen nuklearer und konventioneller Abrüstung 203 — Das McCloy-Zorin-Übereinkommen 204 — Die unerfüllte Friedenskonzeption der UN-Charta und UN-Streitkräfte 205 — Die vier Säulen einer Weltfriedensordnung 208 — Die Rolle eines Weltparlaments 208	
17. Terrorismusbekämpfung, Rückstoß und Datenschutz.....	210
Der »Krieg gegen den Terror« als Selbstzweck 210 — Die verdeckte Kriegsführung der USA 210 — Folgen der US-Außenpolitik und des »Krieges gegen den Terror« 211 — Menschenrechtsverletzungen und der Drohnenkrieg der USA 213 — Ursachen des transnationalen Terrorismus und die Bedeutung eines Weltparlaments 214 — Der globale Überwachungsapparat und die Entrechtung aller Menschen 217 — Ein globales Datenschutzrecht 219	
18. Ein Weltpolizeirecht, internationale Strafverfolgung und das post-amerikanische Zeitalter.....	222
Die Notwendigkeit eines Weltpolizeirechts und eine supranationale Polizei 222 — Das Versagen klassischer Zwangsmaßnahmen 223 — Eine supranationale Polizei zur Unterstützung des ICC 224 — Die Strafverfolgung des ICC ausweiten 226 — Souveränität und die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden 227 — Die Stärkung der internationalen Strafverfolgung und ein Weltparlament 228 — Die mangelhafte Kontrolle von Interpol 230 — Ein Weltparlament als Instanz des Weltpolizeirechts 231 — Die Rolle und Bedeutung der USA 234	
19. Ernährungssicherheit und die politische Ökonomie des Hungers.....	238
Das Ausmaß des Welthungers und das Recht auf angemessene Ernährung 238 — Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelproduktion 240 — Die Fragilität der globalen Nahrungsmittelversorgung 242 — Die Abhängigkeit von Öl und Phosphat 244 — Hunger als Problem der politischen Ökonomie 245 — Die Bedeutung von Demokratie und des internationalen Systems 246 — Ernährungssicherheit als globales öffentliches Gut und das Versagen der G20 247 — Die FAO, ein World Food Board und globale Nahrungsmittelreserven 249 — Offener Handel, Ernährungssicherheit und eine Weltfriedensordnung 250 — Die Demokratisierung der globalen Ernährungspolitik und ein Weltparlament 252	

20. Globale Wasserpolitik.....	254
Die Situation der Trinkwasserversorgung 254 — Wassersicherheit als globales Anliegen 255 — Das Demokratiedefizit der Wasser-Governance und ein Weltparlament 257	
21. Die Abschaffung von Armut und eine soziale Grundsicherung für alle ..	260
Armut als Schlüsselproblem 260 — Extreme Armut und das Recht auf angemessenen Lebensstandard 260 — Die Notwendigkeit einer neuen Entwicklungspolitik 263 — Wirtschaftswachstum reicht nicht 264 — Soziale Grundsicherung als Basis eines planetaren Gesellschaftsvertrages 265 — Ein globales Grundeinkommen 266 — Die Teilhabe aller Menschen an den Gemeingütern 268 — Der Traum vom Leben ohne wirtschaftlichen Zwang 268	
22. Globale Klassenformation, die »Superklasse« und globale Ungleichheit.	270
Die Entstehung globaler Klassegegensätze und die Rolle der Mittelschicht 270 — Das globale Prekariat 272 — Das Konzept der Multitude 273 — Die Superreichen und globale Herrschaftsstrukturen 275 — Die transnationale kapitalistische Klasse 276 — Ein transnationaler Staatsapparat 278 — Die Verflechtung transnationaler Konzerne 279 — Die Notwendigkeit einer globalen Antikartellbehörde 280 — Globale Ungleichheit und Instabilität 282 — Ungleichheit als Ursache der Finanzkrise 284 — Die Vermehrung von Kapitalanlagen und eine globale Kapitalsteuer 285 — Die Notwendigkeit weltstaatlicher Instrumente und ein Weltparlament 286 — Ein neuer globaler Klassenkompromiss 287	
23. Die Weltordnungsdebatte, eine planetare Verwirklichungshierarchie und das Zeitalter der Entropie.....	289
Die globale Elite und die Frage einer Weltregierung 289 — Das Schreckbild eines globalen Leviathans 291 — Hierarchische Ordnung und Komplexität 293 — Herrschafts- und Verwirklichungshierarchien 293 — Das Prinzip der Subsidiarität 294 — Die Fragmentierung der Global Governance und des Völkerrechts 295 — Ein kohärentes Weltrecht und ein Weltparlament 297 — Die Unübersichtlichkeit der Weltordnung und das »Zeitalter der Entropie« 297 — Ein entropischer Niedergang der Weltzivilisation? 299 — Weltföderalismus als Komplexitätsreduktion 300 — Die Tabuisierung der Idee eines Weltstaates 301 — Das wankende Paradigma der Zwischenstaatlichkeit 302 — Standardthesen der reaktionären Rhetorik 304	
24. Die dritte demokratische Transformation und das globale Demokratie-defizit.....	306
Die Demokratisierungswellen 306 — Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie 308 — Der postindustrielle Wertewandel 309 — Demokratie als universeller Wert 310 — Das Recht auf Demokratie 312 — Entdemokratisierung durch die intergouvernementale Ebene 313 — Der Einfluss transnationaler Konzerne 315 — Das Beispiel der Codex-Kommission 316 — Fragmentierung als Demokratieproblem 317 — Das Dilemma der Größenordnung 318 — Die Idee der Legitimationskette 319 — Output-Legitimation 320 — Rechenschaftspflicht gegenüber der Weltbürgerschaft 322 — Gleichheit und Repräsentation im Völkerrecht und im Weltrecht 323 — Die dritte demokratische Transformation 325 — Internationale parlamentarische Institutionen 327	

25. Die Entwicklung eines planetaren Bewusstseins und eine neue globale Aufklärung.....	329
Krieg und soziopolitische Evolution 329 — Der Rückgang von Gewalt 332 — Die Entwicklung von Vernunft, Empathie und Moral 332 — Gruppenselektion als Ursprung der Moral 335 — Binnenmoral und die Adoleszenzkrise der Menschheit 336 — Soziogenese und Psychogenese 339 — Der wachsende Kreis der Empathie 340 — Der Übergang zum integralen Bewusstsein 342 — Gruppennarzissmus und promethisches Gefälle 344 — Das Problem der kulturellen Phasenverschiebung 346 — Globale Identität und die »Anderen« 348 — Der »Overview«-Effekt und ein planetares Weltbild 350 — Identität, Demos und Staatsbildung 353 — Die progressive Haltung der Weltbevölkerung 356 — Globalgeschichte und weltbürgerliche Schulbildung 358 — »Big History« als moderne Schöpfungsgeschichte 360 — Die Fortsetzung des Projekts der Moderne 362 — Die neue globale Aufklärung 365	

Teil III: Die Zukunft gestalten:

Design und Verwirklichung einer Weltdemokratie	367
--	-----

26. Die Entwicklung eines Weltparlaments	369
Das Beispiel des Europäischen Parlaments 369 — Der Vorschlag einer UNPA 371 — Ausbau von Kompetenzen und Zuständigkeit 372 — Steigende demokratische Anforderungen 375 — Die Sitzverteilung 376	

27. Die Schaffung von Weltrecht	380
Völkerrecht und Weltrecht im Vergleich 380 — Eine Weltlegislative mit zwei Kammern 382 — Ein Weltverfassungsgericht 383	

28. Die Bedingungen der Transformation	385
Die Rahmenbedingungen für institutionelle Veränderungen 385 — Eine kosmopolitische Bewegung 387 — Die Rolle der NGOs 388 — Eine UNPA als Motor der Veränderung 390 — Vier Faktoren 392 — Die schleichende Revolution 392 — Die Revolution von unten 393 — Die Revolution von oben 394 — Der Auslöser 395 — Den Schrecken antizipieren und verhindern 396 — Klimabedingte Ereignisse 397 — Ein demokratisches China 398 — Am Anfang 400	

Anhang

Personenverzeichnis	403
---------------------------	-----

Endnoten	411
----------------	-----

Prof. J. Giesen / A. Bommert
Das neue Weltgeschehen
 Eine kosmopolitische Vision
 Bonn 2017

Einleitung

Erstmals in der Geschichte sind alle Menschen durch eine gemeinsame Weltzivilisation verbunden, die ausnahmslos die gesamte Erde umfasst. Die technologischen Fortschritte im Bereich der Kommunikation, des Transports, der Medien und der Information treiben die planetare Verflechtung weiter voran. Die Vernetzung durch das Internet ist allgegenwärtig und für Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar geworden. Das moderne Leben unserer Zeit ist nur möglich aufgrund der Globalisierung des Warenhandels, des Kapitalverkehrs, der Dienstleistungen und der Produktionsprozesse. Die weltweite Konsumgesellschaft und ihr Ressourcenverbrauch sind allerdings nicht nachhaltig. Wegen der engen und komplexen Verflechtungen hat das Handeln jedes Einzelnen Einfluss auf alle anderen, so unmerklich er auch scheinen mag. In der Summe ist die Menschheit zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden. Wir verfügen über die Mittel, die hoch entwickelte menschliche Zivilisation zu zerstören. Die Weltgesellschaft ist produktiv genug, um allen Menschen ein Leben mit einer Grundsicherung, Schulbildung und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Und doch ist dies noch nicht geschehen. So wie die Sklaverei und der Kolonialismus überwunden wurden, müssen auch extreme Armut und die Institution des Krieges mitsamt der Kriegswirtschaft in die Geschichtsbücher verbannt werden. Ein zentrales Problem ist außerdem die extreme soziale Ungleichheit. Die Vorteile der Globalisierung und der fortschreitenden Produktivität müssen in den einzelnen Gesellschaften und global gerecht verteilt werden. All das zu schaffen ist weniger eine Frage der richtigen Politik. Es ist viel mehr eine Frage der *richtigen politischen Strukturen*. Aus welcher Perspektive man es auch betrachtet, der zentrale Punkt liegt darin, dass keine politischen Institutionen für wirksame globale Regulierung existieren. Trotz aller hilflosen Versuche kann die Weltzivilisation so nicht gestaltet werden. Die Weltordnung befindet sich in einer Krise, die mit der Gefahr eines katastrophalen Zusammenbruchs einhergeht. Das träge »Weiter so« der wirtschaftlichen und politischen Eliten provoziert den Aufstieg nationalistischer, antimoderner und gegenaufklärerischer Kräfte, die das Risiko eines globalen Niederganges erheblich vergrößern. Um diesen instabilen Zustand zu beseitigen, sind effektive weltrechtliche Institutionen

onen nötig, die demokratisches Weltregieren ermöglichen. Es geht um die Frage, ob der Prozess der Globalisierung endlich auch in den politischen Strukturen vollzogen wird. Die entscheidenden Leitplanken auf dem Weg zu einer ökosozialen und nachhaltigen globalen Marktwirtschaft sind dabei die Prinzipien der Demokratie, des Föderalismus und der Subsidiarität. Ohne Zweifel muss die Demokratie weiterentwickelt und gestärkt werden. Dies wird jedoch nur mit einem ganzheitlichen Ansatz gelingen, der ein besonderes Augenmerk auf die globale Ebene legt.

Dieses Buch ist das Ergebnis unserer langen Beschäftigung mit der Frage eines Weltparlaments und basiert auf einer mehrjährigen intensiven Recherchearbeit. Es handelt sich nicht um eine neutrale Betrachtung, sondern um ein leidenschaftliches Plädoyer. Wir sind von der Notwendigkeit eines demokratischen Weltparlaments überzeugt. Ein neutrales Buch zu schreiben war weder unsere Absicht, noch wäre es uns überhaupt möglich gewesen. Als einen praktischen Schritt haben wir vor zehn Jahren die internationale Kampagne für eine parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen mit gegründet. Wir wissen, dass ein Weltparlament und eine Weltrechtsordnung nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können. Doch wir argumentieren, dass es allerhöchste Zeit ist, diese Entwicklung mit der Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei der UNO, abgekürzt UNPA, in Gang zu setzen. In der übergeordneten Perspektive haben wir uns nicht davon leiten lassen, was realpolitisch möglich ist, sondern davon, was nötig wäre. Ohne visionäres Vorausdenken wäre in der Menschheitsgeschichte nicht viel zustande gekommen. Die Zeit der Utopien ist nicht vorbei. Ganz im Gegenteil. Über den Zustand und die Ziele der planetaren Zivilisation muss nun, zu Beginn der globalen Moderne, dringend vorbehaltlos nachgedacht werden. Wir wollen die Weltordnung unserer Zeit in ihren vielen Facetten analysieren und mit Blick auf eine föderale und demokratische Weltordnung Vorschläge machen. Unser Anliegen ist es schlicht und einfach, die Frage eines Weltparlaments und einer Weltrechtsordnung in den Blickpunkt zu rücken und eine ernsthafte Debatte darüber anzustoßen.

Das Projekt eines Weltparlaments ist unserer Ansicht nach der Schlüssel zur Realisierung einer demokratischen, solidarischen und nachhaltigen Weltordnung und darüber hinaus ein Vehikel für eine neue globale Aufklärung. Die Schaffung eines Weltparlaments gehört zu den wichtigsten politischen Voraussetzungen für das langfristige Fortbestehen der Weltzivilisation im Zeitalter des Anthropozäns. Die globalen Risiken und Herausforderungen unserer Zeit sind gravierend, ja sogar existentiell. Wir möchten jedoch keinem Alarmismus

verfallen. Selbst wenn es alle Probleme der Welt nicht gäbe, würde das die Argumente für ein Weltparlament nicht entkräften. Es ist eine Konsequenz daraus, die Gleichheit aller Menschen und ihre globale Vernetzung innerhalb der *einen* Weltzivilisation anzuerkennen. Die Art und Weise, wie in einer Gemeinschaft Entscheidungen gefällt werden, ist von zentraler Bedeutung. Hier zeigt sich, wie die Mitglieder der Gemeinschaft zueinander stehen und welche Einflussmöglichkeit sie auf ihr Schicksal haben. Ein Weltparlament ist natürlich kein Allheilmittel. Es ist aber *das* Instrument, das es erlaubt, alle Mitglieder der Weltgemeinschaft – und das sind *alle* Menschen – in Entscheidungen von globaler Tragweite einzubeziehen.

In gewisser Weise haben wir eine archäologische Arbeit vorgelegt. Einerseits ist die Idee eines Weltparlaments nicht neu. Der erste Teil des Buches geht auf die ideengeschichtlichen Grundlagen seit der Antike ein und schließt eine Lücke, indem er die Bemühungen für ein Weltparlament seit der französischen Revolution erstmals historisch nachverfolgt. Wir skizzieren wichtige Beiträge aus der Geschichte und legen das beachtliche theoretische und praktische Fundament des Projekts in Umrissen frei. Für die Befürworter der Idee ist es wichtig zu wissen, dass sie in einer jahrhundertelangen Tradition stehen. Andererseits ist die Forderung nach einem Weltparlament heute so relevant wie nie zuvor. Um das sichtbar zu machen, stellen wir die Frage eines Weltparlaments im zweiten Teil des Buches in den Kontext der Gegenwartsprobleme und langfristiger Entwicklungen. Unser Ausgangspunkt ist dabei die Beachtung planetarer Grenzen, der Umgang mit den globalen Gemeingütern und die Wachstumsproblematik. Wir gehen auf die latente Krise des Finanzsystems ebenso ein wie auf den Deregulierungswettlauf oder die Notwendigkeit, Steuervermeidung global zu unterbinden. Transsouveräne Probleme zeigen sich überall. Die Weltzivilisation ist fragil und aufgrund der rasanten technologischen Entwicklungen im Bereich der Bio- und Nanotechnologie, der Robotik und der künstlichen Intelligenz stellen sich fundamentale Fragen, denen die Menschheit institutionell nicht gewappnet ist. Das Gleiche gilt für nukleare Abrüstung, kollektive Sicherheit, den Schutz der Menschenrechte oder Kriminalitätsbekämpfung. Auch bei der Bekämpfung von Hunger, Armut und Ungleichheit oder in der globalen Wasserpolitik spielt der Aufbau globaler Demokratie eine entscheidende Rolle. Vor dem Hintergrund der globalen Herrschaftsstrukturen der transnationalen Elite argumentieren wir für die Durchsetzung eines neuen globalen Klassenkompromisses. Bei all dem muss das traditionelle Verständnis nationaler Souveränität auf den Prüfstand gestellt werden. Die heutige Dynamik ist am besten

als chaotischer Beginn eines globalen Staatsbildungsprozesses zu verstehen. In diesem Zusammenhang gehen wir im letzten Kapitel des zweiten Teiles auf die soziopolitische Evolution der Menschheit ein und zeichnen die Entwicklung eines planetaren Bewusstseins nach.

Wir möchten Hinweise geben und Zusammenhänge herstellen, die bisher zu wenig Beachtung gefunden haben. So oft wie möglich lassen wir dabei besonders bemerkenswerte und relevante Quellen und Autoren selbst zu Wort kommen. Es geht nicht darum, wissenschaftliche oder politische Diskurse im Einzelnen darzustellen. Bei der Vielzahl der angesprochenen Themen ist das auch nicht möglich. Das Buch demonstriert wie verbreitet die Unterstützung für ein Weltparlament ist und analysiert die Schwächen der gegenwärtigen Weltordnungsdebatte. Zitate aus fremdsprachlichen Texten haben wir selbst ins Deutsche übertragen. Manchmal gehen wir auch darauf ein, welche Politik ein Weltparlament unserer Meinung nach umsetzen sollte. Der dritte Teil schließlich gibt eine Vorstellung davon, wie der Weg zur Realisierung eines Weltparlaments und die Transformation zu einer demokratischen Weltrechtsordnung verlaufen könnte. Wir gehen dabei auf wichtige Gestaltungsmerkmale eines Weltparlaments als Teil einer Weltlegislative ein.

Für die Unterstützung bei der Buchveröffentlichung danken wir dem Komitee für eine demokratische UNO, der Stiftung Apfelbaum und der Vereinigung der Weltföderalisten der Schweiz. Wir möchten bei dieser Gelegenheit außerdem die wichtige Rolle würdigen, die das Komitee für eine demokratische UNO, das World Federalist Movement-Institute for Global Policy, die Gesellschaft für bedrohte Völker und in jüngerer Zeit der Workable World Trust in der Kampagne für eine parlamentarische Versammlung bei der UNO spielen. Im Zuge der Kampagne hat es im Verlauf der letzten zehn Jahre und in der Vorbereitungszeit davor unzählige Begegnungen, Diskussionen und Veranstaltungen in aller Welt gegeben, die auf die eine oder andere Weise unsere Überlegungen und damit auch dieses Buch geprägt haben. Wir danken allen, die zu diesem Austausch und zur Kampagne beigetragen haben. Wir bitten um Verständnis, dass eine namentliche Nennung an dieser Stelle den Rahmen sprengen würde.

Es ist unsere Hoffnung, dass dieses Buch nicht nur eine ernsthafte Debatte in Gang bringt, sondern auch die Bemühungen für ein Weltparlament wesentlich stärkt. Sie sind herzlich dazu eingeladen, sich unserem Projekt anzuschließen. Schenken Sie dieses Buch Freunden, Kollegen und Bekannten. Besuchen Sie die Internetseite der Kampagne und unterzeichnen Sie dort den internationalen Aufruf für eine parlamentarische Versammlung bei der UNO. Werden Sie För-

derer von Democracy without Borders, das als Nachfolgeorganisation des Komitees für eine demokratische UNO die Arbeit für ein Weltparlament und globale Demokratie fortsetzt. Werden Sie Teil einer neuen kosmopolitischen Bewegung!

www.unpacampaign.org

www.democracywithoutborders.org

Teil I

Die Idee eines Weltparlaments: Ihre Geschichte und Pioniere

Die Idee eines Weltparlaments wirft die Frage auf, welche Rolle jeder einzelne Mensch in der Weltordnung spielt. Sie geht von dem Gedanken aus, dass alle Menschen ungeachtet ihrer vielfältigen Unterschiede Mitglieder der einen, weltumspannenden Menschheitsfamilie sind. Allein durch ihr Menschsein sind sie ohne Ausnahme gleichwertige und gleichberechtigte Weltbürger. Als solche tragen sie Mitverantwortung für die planetare Gemeinschaft und deren Lebensraum, die Erde. Das Weltparlament ist die politische Institution, in der alle Menschen durch von ihnen direkt gewählte Abgeordnete unmittelbar vertreten werden. Aufgabe dieser Institution ist es, über das bestmögliche Wohlergehen aller Menschen und ihr gemeinsames Interesse zu wachen. Es ist Ausdruck der Selbstbestimmung und Souveränität der Menschheit als Ganzes und Grundlage einer legitimen weltstaatlichen Ordnung.

In dieser Vorstellung von einer globalen Volksvertretung vereinen sich ideengeschichtliche und historische Entwicklungen, die sich über viele Jahrhunderte zurückverfolgen lassen. Eine wichtige Dynamik, die spätestens seit der Aufklärung bis heute besteht, ist das Streben der Menschen nach Emanzipation, Demokratie, Selbstbestimmung und Frieden. Indem das Weltparlament als eine Institution gedacht wird, dessen Mitglieder aus allgemeinen, gleichen und freien Wahlen hervorgehen, ist die Idee angesichts der noch immer vorhandenen autokratischen Regime zugleich auch ein Plädoyer für fortschreitende politische Emanzipation und Demokratisierung. In diesem Sinne wurzelt die Idee eines Weltparlaments nicht nur in den Werten der Aufklärung, die sich zum Ziel gesetzt hat, in den Worten von Immanuel Kant (1724 bis 1804), den Menschen aus seiner »selbstverschuldeten Unmündigkeit« zu befreien, sondern sie setzt das Programm der Aufklärung in seiner kosmopolitischen Dimension fort. Die Verwirklichung eines Weltparlaments ist insofern der zentrale Zielpunkt einer neuen globalen Aufklärung, indem es jeden Menschen zu einem mündigen welt-

rechtlichen Subjekt macht. Das Vorhaben durchbricht damit das jahrhundertealte völkerrechtliche Paradigma des souveränen Nationalstaats und leitet das Ende des völkerrechtlichen Zeitalters ein, für das der Westfälische Frieden von 1648 der Meilenstein war. Damals, nachdem beim Dreißigjährigen Krieg fast ein Drittel der mitteleuropäischen Bevölkerung zu Tode gekommen war und ganze Landstriche entvölkert wurden, einigte man sich auf eine souveräne Gleichheit der Fürsten und eine konfessionelle Koexistenz. »Das Recht des Verkehrs zwischen den Souveränen als unabhängigen, gleichberechtigten Herrschern, die keinen Höheren über sich anerkennen, wurde in Anlehnung an das römische *ius gentium* als »Völkerrecht« bezeichnet, obwohl jedermann wußte, daß von Rechten der Völker keineswegs die Rede war«, merkt Otto Kimminich treffend an.¹ Schon nach Ansicht von Kant sollte statt von Völkerrecht daher besser von »Staatenrecht« die Rede sein.²

War die Souveränität anfangs eine persönliche Eigenschaft der Feudalherren und der monarchischen Herrscher, verwandelte sie sich im Zuge der amerikanischen und französischen Revolution im 18. Jahrhundert in die Souveränität des Volkes im Innern und in die des modernen Staates nach außen. Der republikanische Staat trat so nahtlos das Erbe der Monarchien an. Die Fortsetzung des Programms der Aufklärung im globalen Zeitalter wird zum Ziel haben müssen, die nationalstaatliche Einhegung der Menschen zu überwinden, das Regieren und die Demokratie dort, wo es sinnvoll ist, in klare globale staatliche Strukturen einzubetten sowie den Sprung vom zwischenstaatlichen Völkerrecht zu einem kosmopolitischen Weltrecht zu schaffen. Das Ziel des in sich paradoxen Völkerrechts, das im Kern keine Entscheidungs- oder Durchsetzungsinstanzen kennt, weil es auf souveränen Gebildenaufbaut, muss letzten Endes seine eigene Abschaffung sein, wie Vittorio Hösle es passend ausgedrückt hat.³ Im Gegensatz zum Völkerrecht soll Weltrecht tatsächlich über die Merkmale von Recht verfügen: Allgemeinverbindliche Festsetzung durch Gesetzgebung, obligatorische Entscheidung von Streitfällen vor Gericht sowie Mittel zur Rechtsdurchsetzung. Unser Augenmerk liegt auf dem ersten Aspekt und dort auf der gesetzgebenden Institution.

Das Anliegen, ein Weltparlament zu verwirklichen, ist eng mit den Problemen und Herausforderungen der Gegenwart verknüpft. Für das Verständnis ist es dabei unverzichtbar, sich die ideengeschichtlichen Wurzeln und die historische Dimension des Projekts klar zu machen. In diesem Teil schaffen wir von den Anfängen bis zur Gegenwart einen geschichtlichen Überblick.

Recht und Vertragsdenken

Kosmopolitismus im alten Griechenland

Eine Grundlage, auf der die Idee eines Weltparlaments basiert, ist, die ganze Erde als Heimat aller Menschen zu begreifen. Die Geschichte des Kosmopolitismus wird meist auf den griechischen Philosophen Diogenes von Sinope (ca. 400 bis 323 v. Chr.) zurückgeführt, der, nach seinem Heimatort befragt, geantwortet haben soll, ein Weltbürger – ein »kosmopolitês« – zu sein. Eine wichtige, wenn auch zwiespältige Rolle spielte sein Zeitgenosse Alexander der Große (356 bis 323 v. Chr.), der Persien, Kleinasien und Ägypten seiner Herrschaft unterwarf und bis an den indischen Subkontinent vordrang. In einer Darstellung der Geschichte des Weltbürgertums schreibt Peter Coulmas, dass Alexander als erster die Vorstellung ausgesprochen habe, dass alle Menschen als Brüder und Verwandte anzusehen seien. Er habe die Vision eines viele unterschiedliche Völker und Länder umfassenden »Menschheitsreiches« verfolgt.¹ Er soll den Gedanken vertreten haben, dass »die bewohnbare Erde« das »allen gemeinsame Vaterland« sei. Wie der Althistoriker Alexander Demandt berichtet, soll sich Alexander laut Plutarch als »Schiedsrichter und Ordner der Menschheit« gefühlt haben, dessen Aufgabe es sei, »alle Menschen zu einem einzigen Körper zusammenzufügen und die Völker in einem einzigen Mischkrug der Freundschaft zu vermengen« und »zu einer einzigen Familie zu vereinen«. Seine Philosophie habe auf dem Gedanken der Gleichheit aller Menschen, Hellenen wie Barbaren, basiert.² Auch wenn er Persern und anderen Völkern nicht als Fremdherrscher gelten wollte, entsprach das nicht der Realität. Ihr Einschluss in sein Weltreich wurde durch Gewalt erpresst.

In der stoischen Philosophie war die Idee einer natürlichen Menschheitsgemeinschaft und der Einheit allen Lebens um 300 v. Chr. fest verankert. Diese Sichtweise stand im Gegensatz zur Kleinstaaterei des antiken griechischen Gemeinwesens, das nach dem Zusammenbruch des Alexanderreiches in rivalisierende Stadtstaaten geteilt war. »Die ganze hiesige Welt« als eine »gemeinsame Gesellschaft der Götter und Menschen«, wie Cicero (106 bis 43 v. Chr.) sich ausdrückte³, war in einem apolitischen Sinn gemeint, ohne dass damit der Gedanke an einen Weltstaat verbunden gewesen wäre. Dennoch, so stellt Coulmas fest,

Teil III

Die Zukunft gestalten: Design und Verwirklichung einer Weltdemokratie

Die Realisierung eines demokratischen Weltparlaments wurde von Anfang an als ein praktisches politisches Projekt angesehen. Nicht etwa Philosophen, sondern Revolutionäre wie Anacharsis Cloots und Sozialreformer wie Constantin Pecqueur waren zum Ende des 18. und zur Mitte des 19. Jahrhunderts die wichtigsten frühen Verfechter. Sie waren es, die die Prinzipien der Gleichheit aller Menschen und der Volkssouveränität als erste konsequent kosmopolitisch ausbuchstabierten. Sie betrachteten ein Weltparlament als Ziel und Ergebnis eines globalen Einigungsprozesses und der demokratischen Selbstverwirklichung der Menschheit. Mit der Idee eines Weltparlaments ist diese Perspektive untrennbar verbunden.

Der Übergang vom zwischenstaatlichen Völkerrecht zum kosmopolitischen Weltrecht ist zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Die Schaffung eines direkt gewählten Weltparlaments mit Legislativbefugnissen und einer Weltrechtsordnung muss so schnell wie möglich gelingen. Die weltweite Zusammenarbeit muss zu einem politischen Integrationsprojekt werden. Global Governance ist als das zu erkennen, was sie ist, nämlich Teil eines voranschreitenden, globalen Staatsbildungsprozesses. Die Verwirklichung einer Weltdemokratie und ein fundamentaler Umbau der UN – oder ihre Ablösung durch eine neue Weltorganisation – eignet sich allerdings nicht für übereilte und gewagte Experimente. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Realisierung eines Weltparlaments plötzlich und radikal verbessern werden. Bis auf weiteres sollte man sich aber auf einen stufenweisen und evolutionären Prozess einstellen. Ein Weltparlament mag unter den gegebenen Bedingungen ein Fernziel sein, aber der erste pragmatische Schritt, um die Entwicklung in Gang zu bringen, ist längst möglich und überfällig. Eine *parlamentarische Versammlung* soll den globalen Einigungsprozess begleiten und ein Vehikel für demokratische supranationale Gemeinschaftsbildung sein:

Keine Integration ohne Repräsentation. Im Sinne des Projekts einer neuen globalen Aufklärung dient sie der Entwicklung einer globalen bürgerlichen Gesellschaft und einer demokratischen Weltöffentlichkeit.

Seit jeher werden die gleichen Grundfragen diskutiert. Wie sollen die Abgeordneten einer solchen parlamentarischen Versammlung ausgewählt werden? Wie ist damit umzugehen, dass demokratische Wahlen in manchen Ländern noch nicht möglich sind? Wie soll die Sitzverteilung aussehen? Welche Kompetenzen muss ein Weltparlament bekommen? Neben der Behandlung dieser und weiterer Fragen kommt es darauf an, sich eine Vorstellung davon zu machen, wie ein Weltparlament im Laufe der Zeit nach und nach praktisch verwirklicht werden kann. Mit der historischen Entwicklung des Europäischen Parlaments im Zuge der europäischen Integration gibt es ein lehrreiches Beispiel, auf das wir dabei aufbauen können.

26. Die Entwicklung eines Weltparlaments

Das Beispiel des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament ist aus der Gemeinsamen Versammlung der 1952 in Kraft getretenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl EGKS, der Montanunion, hervorgegangen. Die Gemeinsame Versammlung war von Anfang an mehr als nur ein beratendes Organ. Nach dem EGKS-Vertrag unterlag ihr die Kontrolle des Exekutivorgans der Gemeinschaft, der Hohen Behörde. Nach dem EGKS-Vertrag blieb es den Staaten überlassen, ob ihre Abgeordneten aus dem nationalen Parlament entsendet oder direkt gewählt werden sollten. Von der letzten Option wurde jedoch nicht Gebrauch gemacht. Die Versammlung bestand somit aus zunächst aus 78 Abgeordneten, die aus den nationalen Parlamenten der sechs EGKS-Gründerstaaten entsandt wurden. Die Abgeordneten organisierten sich nicht nach nationaler Herkunft, sondern in transnationalen, politischen Fraktionen. Sie bildeten Ausschüsse, die den Arbeitsbereichen der Hohen Behörde entsprachen. Die Versammlung debattierte den jährlichen Rechenschaftsbericht der Hohen Behörde und hatte das Recht, diese mit Zweidrittelmehrheit zum Rücktritt zu zwingen.

Mit den Römischen Verträgen wurden 1957 neben der EGKS auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG und die Europäische Atomgemeinschaft Euratom als eigenständige Organisationen gegründet. Für alle drei Gemeinschaften war ein parlamentarisches Gremium vorgesehen. Um eine parlamentarische Dreifachstruktur zu vermeiden, wurde die Gemeinsame Versammlung im Zuge der Römischen Verträge zu einem Organ aller drei Gemeinschaften gemacht. Die Klausel für optionale Direktwahlen der Abgeordneten wurde abgeschafft. Dafür enthielt der EWG-Vertrag die Bestimmung, dass die Versammlung Vorschläge für Direktwahlen auf der Grundlage eines in allen Mitgliedsstaaten einheitlichen Verfahrens vorlegen sollte. Die Versammlung umfasste nun 142 Abgeordnete und bezeichnete sich als Europäisches Parlament. 1958 traf sie in dieser Konfiguration erstmals zusammen. Mit einem 1967 in Kraft getretenen Fusionsvertrag wurde die Zusammenführung auch aller anderen Gemeinschaftsorgane vollendet. Ab 1975 durfte das Parlament über die Gemeinschaftshaushalte mitentscheiden. Während die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaften weiter ausgebaut wurden, wuchs auch das Erfordernis besserer

demokratischer Legitimation auf europäischer Ebene. 1976 wurde endlich eine Einigung über die Einführung von Direktwahlen erzielt, wenn auch ohne einheitliches Verfahren, und ein entsprechendes Abkommen von den Mitgliedsstaaten ratifiziert. Seit 1979 werden die Abgeordneten des Europaparlaments direkt gewählt. Dadurch politisch gestärkt, lehnte das EP den Haushaltsplan der Kommission 1980 erstmals ab.

In den frühen 1980er Jahren verwickelten sich die europäischen Institutionen aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips in einem Komplex lähmender Probleme. Unter der Bedingung, dass jede der inzwischen zwölf Regierungen eine Entscheidung blockieren konnte, wurden oftmals gar keine Entscheidungen getroffen. Als Antwort darauf präsentierte das Europäische Parlament 1984 unter der Leitung von Altiero Spinelli einen Verfassungsentwurf für eine föderative Europäische Union mit einer echten Legislative, die auf dem Mehrheitsprinzip basierte. Durch diesen Anstoß wurde die institutionelle Reform der Gemeinschaften durch die Regierungen angetrieben. Die weitere Entwicklung der europäischen Verträge von der Einheitlichen Europäischen Akte (1985) über Maastricht (1992), Amsterdam (1997) und Nizza (2000) bis zur Gründung der Europäischen Union als einer eigenständigen Rechtspersönlichkeit mit dem Vertrag von Lissabon von 2007 braucht hier nicht nachgezeichnet zu werden. Der entscheidende Punkt ist der, dass sich das Europäische Parlament von der aus nationalen Abgeordneten zusammengesetzten Versammlung der EGKS zu einem direkt gewählten Legislativ- und Kontrollorgan der Europäischen Union entwickelt hat. Es entscheidet gemeinsam mit dem Ministerrat über den Unionshaushalt und in den meisten Politikfeldern ist es neben dem Rat der EU gleichberechtigter Gesetzgeber, wenn auch *noch* ohne Initiativrecht. Das Europäische Parlament hat sich im Zuge der europäischen Integration zu einem Machtzentrum entwickelt, dem im europäischen Gefüge mehr Einfluss zugerechnet werden kann, als manchem nationalen Parlament zuhause.

Für ein globales parlamentarisches Gremium lassen sich aus der europäischen Entwicklung verschiedene Parameter und mögliche Entwicklungsstufen ableiten. Zu den wichtigen Parametern gehören 1. der Zuständigkeitsbereich (an welche zwischenstaatlichen Organisationen und Organe ist sie inhaltlich und institutionell »angedockt«), 2. die Ausgestaltung der Kompetenzen sowie 3. der Wahlmodus (durch Parlamente, Direktwahl oder wahlweise beides). Ein Ziel besteht darin, nach und nach *alle* Formen der öffentlichen Gewalt und Entscheidungsfindung auf der globalen Ebene der demokratischen Kontrolle und gegebenenfalls auch der Mitbestimmung des Parlaments zu unterwerfen.

Der Vorschlag einer UNPA

Das Konzept einer UNPA ist ursprünglich dadurch gekennzeichnet, sich in den drei genannten Bereichen zum Gründungszeitpunkt mit einem Minimum zufrieden zu geben. Die Versammlung könnte gemäß Artikel 22 der UN-Charta durch einen Beschluss der UN-Generalversammlung als ein Nebenorgan ins Leben gerufen werden. Damit würde die Notwendigkeit einer Charta-Änderung zunächst einmal umgangen. Diese wäre nämlich nur unter der schwierigen Bedingung möglich, dass zwei Drittel aller Staaten sowie alle fünf Vetomächte im Sicherheitsrat zustimmen. Die Versammlung könnte die Arbeit der Ausschüsse der Generalversammlung als ein beratendes parlamentarisches Gremium begleiten und wäre aus Abgeordneten der nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten und möglicherweise auch aus Internationalen Parlamentarischen Institutionen, IPs, wie dem Europaparlament, zusammengesetzt. Das Vorbild für diese Art von Versammlung ist nicht die Gemeinsame Versammlung der EGKS, die ja von Anfang an auch Kontrollrechte hatte, sondern vor allem die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE-PV, die 1990 gegründet wurde und 1992 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentrat. Gegen eine Modellfunktion der Gemeinsamen Versammlung der EGKS oder überhaupt des Europäischen Parlaments (oder auch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates) könnte nämlich eingewandt werden, dass dieses eben nur regionalen, nämlich europäischen Charakter habe und daher weltweit, für die UNO, nur schwer herangezogen werden könne. Die OSZE besteht allerdings aus 55 Mitgliedsstaaten und 12 Partnerstaaten, die die gesamte nördliche Hemisphäre abdecken, darunter befinden sich (mit Ausnahme Chinas) vier der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. In der 320 Mitglieder starken OSZE-PV sind Abgeordnete der Parlamente aller OSZE-Mitgliedsstaaten vertreten. Die Aufgabe der Versammlung ist es, zur Sicherheit und Demokratieentwicklung im OSZE-Raum beizutragen. Sie beschließt Resolutionen, gibt Empfehlungen ab und ist insbesondere aufgrund ihrer Wahlbeobachtungsmissionen bekannt.

Ebenso wie im Europaparlament sollen sich die Abgeordneten der UNPA nicht nach ihrer nationalen Herkunft organisieren, sondern im Rahmen von *transnationalen Fraktionen*, die eine gemeinsame politische Orientierung zusammenführt. So würde es aller Wahrscheinlichkeit nach zum Beispiel eine konservative, eine sozialistische, eine liberale, eine grüne, eine linke und weitere Fraktionen geben. Bestehende internationale Parteiverbände könnten mit entsprechenden Gruppen in einer UNPA kooperieren, so zum Beispiel die konservative Zentris-

tisch-Demokratische Internationale, die Sozialistische Internationale, die neue sozialdemokratische Progressive Allianz, die Liberale Internationale oder die Globalen Grünen. Ihr politischer Einfluss ist bislang äußerst gering. Durch die Zusammenarbeit mit affilierten Fraktionen in einem globalen parlamentarischen Gremium könnte sich das allerdings ändern. Auf dem Weg zu einem Weltparlament würde so nach und nach die Herausbildung *globaler Parteien* gefördert.

Ausbau von Kompetenzen und Zuständigkeit

Die Befürworter der internationalen Kampagne für eine UNPA unterstützen eine Weiterentwicklung der Versammlung, nachdem sie einmal eingerichtet wurde. In dem von Abgeordneten aus aller Welt unterzeichneten Aufruf heißt es, die Versammlung »kann zunächst aus nationalen Parlamentariern zusammengesetzt sein. Nach und nach soll sie mit umfassenden Informations-, Beteiligungs- und Kontrollrechten gegenüber den UN und den Organisationen des UN-Systems ausgestattet werden. In einem späteren Schritt könnte sie direkt gewählt werden«. Bei der UNPA handelt es sich um eine zurückhaltende Forderung, die vielen nicht weit genug geht. Das Europäische Parlament beispielsweise meint, dass die Versammlung von Anfang an mit Informations-, Kontroll- und Beteiligungsrechten ausgestattet werden sollte. Eine rein beratende Funktion wird als zu wenig angesehen. Zudem wird inzwischen vorgeschlagen, dass die teilnehmenden Staaten von Beginn an die Option haben sollen, dass die aus ihrem Land stammenden Abgeordneten direkt gewählt werden können. Manche progressive Länder würden für die Wahl ihrer Abgeordneten eine Direktwahl einführen, andere würden erst später nachziehen und manche würden die indirekte Auswahl durch das nationale Parlament auch langfristig vorziehen wollen. Nach dem Vorbild der EGKS-Versammlung könnte der erste Schritt auch in der Etablierung einer parlamentarischen Versammlung einer fachlich spezialisierten Organisation bestehen, etwa bei der WTO oder bei der Konferenz der UN-Klimarahmenkonvention.

In nächsten Entwicklungsschritten wird der Zuständigkeits- und Kompetenzbereich der Versammlung ausgeweitet. Die Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs erscheint insoweit auch sinnvoll, als dass es schon aus praktischen Gründen nicht möglich ist, den Dutzenden verschiedenen zwischenstaatlichen Organisationen und UN-Programmen jeweils eigenständige parlamentarische Gremien an die Seite zu stellen. Spiegelbildlich zur Strukturierung des UN-Systems würde sich die Arbeit der UNPA schwerpunktmäßig in Fachausschüssen

organisieren, die im Gegensatz zu Plenarsitzungen flexibler tagen könnten. Das Parlament würde mehr und mehr zu einer »Gemeinsamen Versammlung« der Organisationen und Programme des UN-Systems werden und so der Fragmentierung des Systems entgegenwirken. Bei den Beratungen der Ausschüsse sollten neben nationalen Parlamentariern auch Vertreter der neun sogenannten »wichtigen Gruppen« einbezogen werden, die im Zuge der Agenda 21 von der UN definiert wurden. Diese Gruppen sind Frauen, Kinder und Jugendliche, Bauern, indigene Völker, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Städte und Kommunen, Wissenschaft und Technologie sowie Geschäftswelt und Industrie. Die Beratungen der Ausschüsse hätten so den Charakter kosmopolitischer Konferenzen.

Die UN-Generalversammlung kann der Versammlung nicht mehr Rechte verleihen, als über die sie selbst verfügt. Einer Ausweitung von Kontroll- oder Mitentscheidungsbefugnissen sind damit im Rahmen von Artikel 22 Grenzen gesetzt. Die Kompetenzen der Generalversammlung sind aber auch nicht geringzuschätzen. Auf die von ihr eingerichteten Programme und Fonds wie das Kinderhilfswerk UNICEF, das Entwicklungsprogramm UNDP, das Flüchtlingskommissariat UNHCR oder das Umweltprogramm UNEP und deren Regularien kann sie direkt Einfluss nehmen. Frage-, Zitierr- und Interpellationsrechte und die Mitwirkung an der Verabschiedung der Haushalte oder der Wahl der Direktoren wären umsetzbar. Vermittelt durch die Generalversammlung könnten einer UNPA grundsätzlich die gleichen Möglichkeiten eingeräumt werden wie der Generalversammlung selbst. Dazu gehört zum Beispiel, den Sicherheitsrat auf Krisen aufmerksam zu machen oder dem Internationalen Gerichtshof Rechtsfragen zu unterbreiten. Grundsätzlich könnte sich die Versammlung politisch mit allen UN-Themen befassen und so beispielsweise auch die Friedensoperationen parlamentarisch überwachen oder über die Frage einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beraten. Aus Sicht der internationalen Kampagne für eine UNPA sollte das Gremium vordringlich »eine Reform des gegenwärtigen Systems der internationalen Institutionen und der Global Governance« verfolgen.¹ Im Aufruf der Kampagne heißt es, dass die Versammlung »als ein Katalysator für eine Weiterentwicklung des internationalen Systems und des Völkerrechts wirken« könnte. Noch in ihrem Gründungsjahr 1952 wurde die EGKS-Versammlung beispielsweise damit beauftragt, einen Vertragsentwurf über die Schaffung einer politischen Gemeinschaft auszuarbeiten.

Sobald sich die Zuständigkeit auf den Internationalen Währungsfonds, die Weltbankgruppe oder die Welthandelsorganisation erstrecken soll, könnte man

zur besseren Differenzierung von einer Globalen Parlamentarischen Versammlung, GPA (für Global Parliamentary Assembly), sprechen. Die völkerrechtliche Umsetzung könnte hier möglicherweise zunächst ebenfalls ohne Vertragsänderungen über entsprechende Kooperationsverträge erzielt werden. Nach dem Vorbild des Römischen Abkommens über gemeinsame Organe der Europäischen Gemeinschaften könnten wir uns letztlich aber einen zwischenstaatlichen Vertrag vorstellen, der alle relevanten Abkommen abändert und die GPA als ein gemeinsames Gremium verankert, das im Hinblick auf alle einbezogenen Institutionen der Global Governance über weitgehende Rechte verfügt. Ein Mitentscheidungsrecht bei der Wahl der Direktoren von IWF, der Weltbankgruppe und der WTO könnte so zum Beispiel verankert werden. Die Versammlung sollte außerdem mit eigenständigen Delegationen an allen relevanten zwischenstaatlichen Verhandlungen teilnehmen können, etwa im Rahmen der WTO, der Klimarahmenkonvention oder bei der Abrüstungskonferenz. Es sollte sich auch in die globale Normierung einschalten können und diese demokratisch überwachen. Wenn es denn politisch möglich wäre, ist es auch denkbar, den Entwicklungsschritt einer UNPA nach Artikel 22 zu überspringen und die Versammlung direkt mit einem zwischenstaatlichen Vertrag dieser Art als eine GPA zu etablieren.

Der wichtigste Schritt wäre schließlich die Weiterentwicklung zu einem Weltparlament. Die Verwendung des Begriffs eines Weltparlaments zeigt an, dass die Versammlung nun zu einem Bestandteil eines *globalen legislativen Systems* würde, das unter bestimmten Voraussetzungen und innerhalb bestimmter Grenzen verbindliches Weltrecht setzt. Spätestens an dieser Stelle wären je nach Ausgestaltung zahlreiche völkerrechtliche und in manchen Ländern vielleicht auch verfassungsrechtliche Änderungen erforderlich. Der Schöpfungsakt eines Weltrechtssystems würde zwar im Namen der Menschheit erfolgen, wäre aber völkerrechtlicher Natur. Das Weltparlament würde als ein Hauptorgan einer Weltorganisation der dritten Generation verankert werden. Als zentrale Säule einer Weltfriedensordnung sollte es beispielsweise bei Zwangsmaßnahmen und Friedenseinsätzen mitentscheiden und im Zuge vollständiger nuklearer Abrüstung an einem globalen Inspektionssystem mitwirken. Neue supranationale Institutionen, die bereits in der Diskussion sind und früher oder später auf die Tagesordnung kommen werden, wie zum Beispiel eine Weltzentralbank, eine Weltsteuerbehörde, eine globale Antikartellbehörde, eine Kriminalpolizei und eine Eingreiftruppe ebenso sowie die Einführung globaler Steuern oder eines globalen Grundeinkommens bedürfen der demokratischen Legitimation und der parlamentarischen Kontrolle durch ein Weltparlament. Ein Weltparlament

bildet eine unverzichtbare Grundlage für legitime, demokratische und verbindliche Mehrheitsentscheidungen zur Regulierung von globalen Fragen, darunter insbesondere die Regulierung des Umgangs mit den globalen Gemeingütern wie der Atmosphäre und das Management globaler öffentlicher Güter wie des Finanzsystems.

Steigende demokratische Anforderungen

Viele Unterstützer einer UNPA würden zustimmen, dass wichtige Voraussetzungen für den Schritt zu einem Weltparlament jetzt noch nicht vorliegen. Im Hinblick auf die demokratische Legitimität betrifft das vor allem den Stand der Demokratisierung in der Staatenwelt. Ein wichtiger Unterschied zur europäischen Parallele besteht darin, dass nicht alle Länder einwandfrei oder überhaupt demokratisch verfasst sind. An der europäischen Integration waren nur Demokratien beteiligt. Die Kampagne für eine UNPA plädiert aber dafür, dass die Versammlung Abgeordneten aus allen Mitgliedsländern der UN offenstehen soll. Wie sonst sollte sie als Plattform einer Weltinnenpolitik einen globalen Anspruch erheben und in das bestehende System der Global Governance integriert werden können? Anders als in Europa ist die globale Integration ohne Rücksicht auf die Staatsform der beteiligten Länder längst vorangeschritten, so zum Beispiel im Rahmen der Welthandelsorganisation. Wir glauben, dass das Ziel eines demokratischeren Weltregierens und eines Weltparlaments über einen universellen Ansatz schneller und besser erreicht werden kann, als über eine exklusive Versammlung einer langsam wachsenden Anzahl von Demokratien, die bis auf weiteres wenig bis gar keine Anknüpfungspunkte zu den globalen Entscheidungszentren hätte. Bei der Etablierung der globalen parlamentarischen Versammlung und bei ihrer weiteren Entwicklung müssen Demokratien und demokratische Abgeordnete aber auf jeden Fall eine bestimmende Rolle spielen. Zu diesem Zweck sollten sich die demokratischen Abgeordneten in der Versammlung in einem fraktionsübergreifenden Netzwerk organisieren. Die Gemeinschaft der Demokratien und ihr parlamentarisches Forum könnten es sich zur Aufgabe machen, den Prozess in diesem Sinne zu unterstützen.

Dennoch wären prinzipiell auch solche Länder eingeschlossen, in denen demokratische und freie Wahlen jedenfalls bis auf weiteres nicht oder nur eingeschränkt möglich sind, allen voran das bevölkerungsstarke China. Die Einrichtung einer UNPA wird dabei auch als *eine Maßnahme zur Demokratieförderung* angesehen. Man verspricht sich insbesondere eine Stärkung der parlamentari-

schen Opposition in den zahlreichen Transformationsländern. Von bestehenden internationalen parlamentarischen Institutionen kann man im Hinblick auf diesen Effekt lernen. Als internationale Netzwerke von Abgeordneten gelten sie als »Schulen der Demokratie«, in denen Lern- und Überzeugungsprozesse stattfinden. Der Staatswissenschaftler Beat Habegger spricht auch von einer Sozialisierungsfunktion.² Bereits das erste multinationale Parlament der Welt, der bis 1918 existierende österreichische Reichsrat, dem Abgeordnete aus acht Nationalitäten angehörten, wurde von Karl Renner optimistisch als »Rekrutenschule der mittel- und südosteuropäischen Demokratien« angesehen.³ Der Sozialisierungseffekt ist eines der Argumente dafür, weshalb eine UNPA einer Beteiligung durch sämtliche UN-Mitgliedsstaaten offenstehen sollte. Die Abgeordneten müssen aber wenigstens durch das nationale Parlament gewählt werden. Wer ein Regierungsamt ausübt, dem darf es nicht erlaubt sein, der Versammlung anzugehören. Mögliche »Pseudo-Parlamentarier« sollen durch die demokratischen Abgeordneten und die parlamentarische Umgangs- und Diskussionskultur positiv beeinflusst werden. Es ist fraglich, ob manche autokratische Regierungen überhaupt wollen, dass ihr Land an einer UNPA mitwirkt. Von Schritt zu Schritt werden die demokratischen Anforderungen jedenfalls größer. Mit Blick auf die spätere Entwicklung wird daher von der internationalen Kampagne klar formuliert, dass »die Direktwahl der UNPA-Delegierten als Voraussetzung dafür angesehen wird, um die Institution mit legislativen Rechten auszustatten«.⁴ Eine solche Wahl müsste frei, fair, gleich, allgemein und geheim sein. Dies wird in einigen Staaten auf absehbare Zeit nicht verwirklicht werden können. Es ist jedoch keine Alternative, vor dem ersten Schritt einen vollen Erfolg der Demokratisierung der Staatenwelt abzuwarten.

Die Sitzverteilung

Bei den vier bislang von uns untersuchten Modellen für eine mögliche Sitzverteilung in einer UNPA kommen wir nach den Daten von Freedom House aus dem Jahr 2015 zu dem Ergebnis, dass zwischen rund 60 und 70 Prozent der insgesamt etwa 800 Abgeordneten aus Ländern stammen würden, die als Wahldemokratien eingestuft wurden. Zwischen 68 und 76 Prozent würden außerdem aus freien oder teilweise freien Ländern kommen.⁵ So wie die dritte Demokratisierungswelle voranschreitet, werden diese Anteile von der Tendenz her stetig wachsen. Die Zahl der demokratisch legitimierten Abgeordneten wäre ohnehin größer, als anhand dieser Klassifizierungen zu erwarten wäre. Es ist

nämlich zu beachten, dass es beispielsweise in Ländern, die als »unfrei« eingestuft werden, trotzdem eine echte parlamentarische Opposition geben kann. Die weit verbreitete Ansicht, dass die meisten Abgeordneten eines weltweiten parlamentarischen Gremiums notwendigerweise von autokratischen Regierungen kontrolliert würden, ist unzutreffend.

Um zu gewährleisten, dass die Meinungsvielfalt innerhalb eines Landes in einer UNPA zum Ausdruck kommen kann, hatten unsere Modelle vorgesehen, dass unabhängig von der Bevölkerungsgröße immer mindestens zwei Abgeordnete entsandt werden können. Die je Land vergebenen Sitze sollen, sofern noch keine Direktwahl stattfindet, das politische Spektrum im jeweiligen Parlament so gut wie möglich abbilden. So könnte auch im Fall kleiner Staaten stets mindestens ein Abgeordneter die parlamentarische Regierungsmehrheit und einer die Opposition vertreten. Die übrigen Sitze können dann nach verschiedenen Formeln vergeben werden, etwa proportional zur Bevölkerungsgröße. Auf diese Weise würde einer völligen Marginalisierung der kleinen Länder entgegengewirkt. Bei einer direkt proportionalen Aufteilung und 800 Sitzen würden nämlich 71 Länder die Schwelle von rund vier Millionen Menschen, um auch nur einen Abgeordneten zu erhalten, nicht überschreiten. Zusammen kommen sie allerdings auf rund 90 Millionen Einwohner. Die zehn bevölkerungsreichsten Länder dagegen würden etwa 60 Prozent aller Abgeordneten stellen. Selbst im Fall einer direkt proportionalen Aufteilung von 800 Sitzen würden nach unserer Berechnung etwa 58 Prozent der Sitze von Abgeordneten aus Wahldemokratien eingenommen werden. Nach Ansicht des US-amerikanischen Geographen und Weltföderalisten Joseph Schwartzberg, der im Rahmen von drei Entwicklungsstufen detaillierte Modelle für die Sitzverteilung vorgelegt hat, sollte es angesichts ihrer verhältnismäßig geringen Bevölkerungsgröße ausreichend sein, wenn die Kleinststaaten im ersten Schritt wenigstens jeweils einen Abgeordneten erhalten.⁶

Bei bestehenden IPIs wird man keine direkt proportionale Berechnung finden und sie empfiehlt sich auch nicht für eine UNPA. Das Pan-Afrikanische Parlament und das Lateinamerikanische Parlament sehen sogar eine einheitliche Größe ihrer nationalen Delegationen vor. Bei anderen IPIs wird die Bevölkerungsgröße als Maßstab herangezogen, jedoch eine Abstufung vorgenommen, um einer Marginalisierung kleiner Länder und einer übermäßigen Dominanz der Großen vorzubeugen. Besonders lehrreich ist hier wieder das Beispiel des Europaparlaments. Die Zuteilung der Sitze im Europäischen Parlament ist im EU-Vertrag geregelt, worin es heißt: »Das Europäische Parlament setzt sich aus Vertretern

der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zusammen. Ihre Anzahl darf 750 nicht überschreiten, zuzüglich des Präsidenten. Die Bürgerinnen und Bürger sind im Europäischen Parlament degressiv proportional, mindestens jedoch mit sechs Mitgliedern je Mitgliedstaat vertreten. Kein Mitgliedstaat erhält mehr als 96 Sitze.«⁷ Der Schlüssel ist hier das Prinzip der »degressiven Proportionalität«. Je größer die Bevölkerung eines Staates ist, desto mehr Menschen werden je Abgeordneten vertreten. Eine mathematische Formel ist im EU-Vertrag nicht enthalten. Die genaue Zuteilung wird unter Wahrung der erwähnten Grundsätze durch den Europäischen Rat und das Europäische Parlament beschlossen. In der achten Wahlperiode hatte Malta als kleinstes EU-Mitgliedsland beispielsweise sechs Sitze, das ist ein Abgeordneter je 70.000 Einwohner, während Deutschland als bevölkerungsstärkstes Land 96 Sitze hatte, das sind ein Abgeordneter je 833.000 Einwohner.

Die ungleiche Repräsentation war in Deutschland Gegenstand von Verfassungsbeschwerden. Zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts haben sich mit der Thematik befasst und enthalten interessante Feststellungen. In der Entscheidung zum Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1993 hat das Bundesverfassungsgericht unter anderem angemerkt, dass in einer Staatengemeinschaft »demokratische Legitimation nicht in gleicher Form hergestellt werden [kann] wie innerhalb einer durch eine Staatsverfassung einheitlich und abschließend geregelten Staatsordnung«.⁸ In einem Urteil zum Lissabon-Vertrag von 2009 hat sich das Gericht erneut mit der Frage der demokratischen Legitimität der EU befasst und ausgeführt: »Als Vertretungsorgan der Völker in einer supranationalen und als solche von begrenztem Einheitswillen geprägten Gemeinschaft kann und muss [das Europäische Parlament] in seiner Zusammensetzung nicht den Anforderungen entsprechen, die sich auf der staatlichen Ebene aus dem gleichen politischen Wahlrecht aller Bürger ergeben«⁹, und weiterhin: »Die demokratische Grundregel der wahlrechtlichen Erfolgchancengleichheit (one man, one vote) gilt nur innerhalb eines Volkes, nicht in einem supranationalen Vertretungsorgan, das – wenngleich nunmehr unter besonderer Betonung der Unionsbürgerschaft – eine Vertretung der miteinander vertraglich verbundenen Völker bleibt.«¹⁰

Eine abgestufte Zuteilung der Sitze in einer UNPA ist gut vertretbar und politisch unumgänglich. Wie die erwähnten Modelle demonstrieren, ist sie auch machbar, selbst wenn dabei eine Vielzahl von Ministaaten mit dem Bevölkerungsriesen China in Ausgleich gebracht werden müssen. Das Bundesverfassungsgericht hat wohl darauf hingewiesen, dass die Ungleichheit im Europäi-

schen Parlament nur akzeptabel ist, so lange der Deutsche Bundestag »eigene Aufgaben und Befugnisse von substantiellem politischem Gewicht behält«.¹¹ Der erforderliche Grad an demokratischer Legitimität korrespondiert mit der Tiefe der supranationalen Integration. Aus dieser Perspektive würde eine abgestufte Sitzverteilung in einer UNPA kein Problem darstellen, da ihre rechtlichen Kompetenzen etwa im Vergleich zu denen des Europäischen Parlaments zu Beginn eingeschränkt wären. Im Zuge einer Kompetenzausweitung und einer Weiterentwicklung hin zu einem Weltparlament wird die Frage der demokratischen Repräsentation der Bürger später allerdings eine zunehmende Rolle spielen. Langfristig gesehen wird sich die Sitzverteilung immer stärker an das weltrechtliche Prinzip von »ein Mensch, eine Stimme« annähern müssen. Auf der Stufe eines Weltparlaments könnte es dann auch in Betracht kommen, für die Direktwahl der Abgeordneten weltweit ungefähr gleich große Wahlbezirke zu schaffen, durch die viele kleine Länder parlamentarisch gemeinsam vertreten werden würden. Dies ist zum Beispiel ein Ansatz, den Schwartzberg in seinem Entwicklungsszenario verfolgt hat. In jedem Fall könnten auch diese Staaten weiterhin gleichberechtigt in der Generalversammlung oder ihrem Nachfolgegremium vertreten sein. Das Parlament wäre in erster Linie dazu da, die Weltbevölkerung demokratisch zu repräsentieren.

27.

Die Schaffung von Weltrecht

Völkerrecht und Weltrecht im Vergleich

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer globalen parlamentarischen Versammlung, sich damit zu befassen, wie ein konstitutionelles Weltrechtssystem im Detail gestaltet und verwirklicht werden könnte. Sie wird dabei auf viele Vorarbeiten zurückgreifen können, die wir bereits erwähnt haben. Wichtige Merkmale des Weltrechts und einer globalen Gesetzgebung sollen jedoch kurz umrissen werden. In einer bemerkenswerten Studie aus dem Jahr 2007 ist die Rechtswissenschaftlerin Angelika Emmerich-Fritsche auf rund 1200 Seiten der Entwicklung des Weltrechts nachgegangen. Wie Emmerich-Fritsche ausführt, ist der Zweck des Weltrechts »nicht der zwischenstaatliche Interessenausgleich, für den das Völkerrecht konzipiert ist, sondern die Verwirklichung der elementaren Belange der gesamten Menschheit«.¹ Der Charakter des Weltrechts erschließt sich am besten aus den wichtigsten Unterschieden zum Völkerrecht:

1. Im Völkerrecht ist der *Staat* die wichtigste Einheit, während es im Weltrecht der individuelle Mensch als *Weltbürger* ist. Weltrecht wurzelt in der Idee der Weltbürgerschaft. Individuen kommen unmittelbare Rechte und Pflichten zu.
2. Während Völkerrecht in der Regel nur Staaten bindet und durch nationales Recht *umgesetzt* werden muss, kann Weltrecht prinzipiell überall und für jeden *unmittelbar* gelten.
3. Das Völkerrecht basiert auf zwischenstaatlichen Verträgen, denen sich Staaten *optional* anschließen können oder nicht, während Weltrecht *allgemeinverbindlich* ist und nicht nur Staaten, sondern prinzipiell auch Individuen oder Unternehmen binden kann.
4. Die zentralen Paradigmen des Völkerrechts sind nationale Unabhängigkeit und die souveräne Gleichheit der Staaten, während es im Weltrecht globale Interdependenz und die Gleichheit aller Menschen sind.
5. Die im zwischenstaatlichen System dominierende Perspektive ist das *nationale Interesse*, oder der *Raison d'Etat*, während es im Weltrecht das *planetare Interesse* der Menschheit ist. Yehezkel Dror hat dafür den passenden Begriff der »*Raison d'Humanité*« eingeführt.²

6. Die Schaffung neuer Regulierungen durch zwischenstaatliche Verträge im Völkerrecht basiert auf dem *Konsensprinzip*, während Weltrecht auf demokratischer Entscheidungsfindung mit *qualifizierten Mehrheiten* basiert.
7. In zwischenstaatlichen Verhandlungen und Gremien findet Repräsentation in der Regel durch Beamte statt, die von der *nationalen Regierungsexekutive ernannt* wurden, während die Repräsentanten in weltrechtlichen Entscheidungsgremien von der *Weltbevölkerung demokratisch gewählt* werden. Im Völkerrecht gilt dabei in der Regel das Prinzip »*ein Staat, eine Stimme*«, während es im Weltrecht »*eine Person, eine Stimme*« ist.
8. Im Gegensatz zu Völkerrecht, bei dem es *von den Staaten abhängt*, welchen Rang sie ihm geben, ist Weltrecht gegenüber innerstaatlichem Recht und dem Völkerrecht *immer vorrangig*.
9. Nach völkerrechtlichen Grundsätzen entscheidet ein Staat selbst, ob und unter welchen Bedingungen er sich einer Gerichtsbarkeit unterwirft, sie ist *freiwillig*. Im Weltrecht ist eine *obligatorische* Gerichtsbarkeit vorausgesetzt.

Weltrecht sorgt sich nicht nur um das individuelle Wohl, sondern zugleich um das Wohlergehen und das Überleben der gesamten Spezies und ihres Lebensraumes, der Erde. Wie Emmrich-Fritsche festgestellt hat, können grundsätzlich auch im Rahmen des Völkerrechts weltrechtliche Prinzipien verwirklicht werden. Dazu sollen völkerrechtliche Abkommen dann geeignet sein, wenn ihnen alle oder nahezu alle Staaten zustimmen, sie also praktisch universelle Geltung haben. Die Schaffung einer Weltlegislative sei dafür »nicht zwingend notwendig«.³ Spuren des Weltrechts sind im Völkerrechtssystem tatsächlich bereits vorhanden. Das betrifft beispielsweise die bindende Wirkung von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates nach Kapitel VII der UN-Charta, das Konzept des gemeinsamen Erbes der Menschheit im Seerechtsübereinkommen, das obligatorische Streitschlichtungsverfahren der WTO, die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes zur Verfolgung von Individuen oder das entstehende Prinzip der Schutzverantwortung der Staaten, das der staatlichen Souveränität Grenzen setzt.

Es ist allerdings zweifelhaft, ob Vertreter der nationalen Regierungsexekutiven dazu in der Lage und willens sind, das Menschheitsinteresse legitim zu bestimmen. Wie die bereits skizzierte Tragödie des Völkerrechts demonstriert, gibt es in völkerrechtlichen Verhandlungen eine Tendenz zum kleinsten gemeinsamen Nenner einzelstaatlicher Interessen. Auf zentralen Gebieten wie der nuklearen Abrüstung oder dem Klimawandel hat die Völkerrechtsordnung

ihren dysfunktionalen Charakter jahrzehntelang unter Beweis gestellt. Die Ausbildung von Völkergewohnheitsrecht wiederum ist ebenfalls quälend langsam und ineffektiv. Ein von der Weltbevölkerung demokratisch gewähltes Parlament ist der Mechanismus, mit dem das gemeinsame Interesse der Menschheit kontinuierlich bestimmt werden kann. Freie und faire planetare Wahlen zu einem Weltparlament mit Legislativbefugnissen sind der vielleicht symbolträchtigste Ausdruck eines voll entwickelten Weltrechts und eines *demokratischen* Systems des Weltregierens.

Eine Weltlegislative mit zwei Kammern

Die Staaten werden allerdings die wichtigste Körperschaft des Regierens in der Welt bleiben und für viele Menschen weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt ihrer Identität sein. In einer föderalen Weltrechtsordnung bilden sie eine unabdingbare Regierungs- und Entscheidungsebene. So wie die deutschen Bundesländer zum Beispiel Verwaltungsaufgaben im Auftrag des Bundes erledigen, könnten die Nationalstaaten, sofern sie über funktionierende staatliche Strukturen verfügen, auch bestimmte weltrechtliche Aufgaben übernehmen. Wie Otfried Höffe, Jürgen Habermas oder Václav Havel argumentiert haben, müssen zur Legitimation einer Weltorganisation der dritten Generation sowohl die Staaten, als auch die Weltbevölkerung institutionell vertreten sein. Ein globales gesetzgebendes System sollte auf zwei Kammern basieren, einer Staatenversammlung und dem demokratisch gewählten Weltparlament. Für die Verabschiedung von Weltrecht sollte prinzipiell die Zustimmung beider Kammern erforderlich sein. Dabei können je nach Regelungsgegenstand unterschiedliche qualifizierte Mehrheiten erforderlich gemacht werden. Die in der Staatenkammer abgegebenen Stimmen könnten dabei je nach Materie auch mit speziellen Mehrheitserfordernissen verknüpft werden, so zum Beispiel, dass sie einen bestimmten Mindestanteil des Weltbruttosozialprodukts oder des weltweiten CO₂-Ausstoßes repräsentieren müssen. Für bindende globale Gesetzgebung wird eine einfache Mehrheit der Stimmen in beiden Kammern als Legitimationsgrundlage noch für eine lange Zeit nicht ausreichen.

Auch für die Staatenkammer wurden Stimmengewichtungen vorgeschlagen, um dort das Ungleichgewicht zwischen kleinen und großen Ländern zu verringern. Für die UN-Generalversammlung hat Joseph Schwartzberg ein Modell ausgearbeitet, denn »bis die Vereinten Nationen ein System der Stimmengewichtung einführt, das die tatsächliche globale Machtverteilung in der Welt

reflektiert, scheint es zweifelhaft zu sein, dass irgendein wichtiger Staat der Generalversammlung als repräsentativstes Organ des UN-Systems aus freien Stücken die Autorität einräumt, bindende Entscheidungen zu treffen«.⁴ Wenn jedoch die Balance im Weltparlament hergestellt wird, könnte sich die Einführung einer starken Stimmengewichtung in der Staatenkammer erledigen. Die Staatenkammer wäre vielmehr der Ort, an dem sichergestellt werden könnte, dass auch die Interessen kleiner Länder weiterhin Gewicht haben.

Als zusätzliches Mittel der Rückkoppelung zwischen globaler Gesetzgebung und der Wählerschaft sollten auch die nationalen Parlamente einbezogen sein. Damit ein globales Legislativsystem effektiv ist, kann es aber nicht darum gehen, dass globale Gesetze erst von einer bestimmten Mehrheit der nationalen Parlamente ratifiziert werden müssten. Die Beschlüsse der Staatenkammer und des Weltparlaments sollen jedoch nur dann in Kraft treten können, wenn eine bestimmte Anzahl nationaler Parlamente nicht innerhalb eines festgelegten Zeitraums widerspricht. Dies entspricht einem Vorschlag, der bereits 1905 von US-amerikanischen Abgeordneten formuliert wurde.⁵ Ähnlich wie im Gesetzgebungsverfahren der EU ist an wenigstens zwei Arten von globalen Rechtsakten zu denken. Einerseits Rahmengesetze, die von den nationalen Parlamenten innerhalb bestimmter Fristen konkretisiert und umgesetzt werden müssen und andererseits Gesetze, die unmittelbar gelten.

Ein Weltverfassungsgericht

Weltrecht basiert auf primärem Verfassungsrecht und sekundären Rechtsakten. In einer Weltverfassung sind universelle Grund- und Menschenrechte zu verankern. Ob die Beschlüsse der Weltlegislative und das Handeln globaler Regierungsinstitutionen mit den Menschenrechten in Einklang stehen und sich im Rahmen der festgelegten Kompetenzverteilung bewegen, muss gerichtlich überprüfbar sein. Zu diesem Zweck sollte ein Weltverfassungsgericht eingerichtet werden. Schon im Rahmen der gegebenen Völkerrechtsordnung hat der Europäische Gerichtshof mit Blick auf Sanktionsmaßnahmen des UN-Sicherheitsrates festgestellt, dass eine gerichtliche Kontrolle unerlässlich ist, »um einen gerechten Ausgleich zwischen der Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit und dem Schutz der Grundfreiheiten und -rechte der betroffenen Person, die gemeinsame Werte der UNO und der [EU] darstellen, zu gewährleisten«.⁶ Nach der Revolution von 2011 hat Tunesien die Einrichtung eines »internationalen Verfassungsgerichtshofes«

vorgeschlagen, damit nationale Wahlen und Regierungswechsel vor einem unabhängigen internationalen Gericht kontrolliert werden können. Im Übergang zu einer Weltrechtsordnung könnten die Aufgaben eines solchen Gerichts später entsprechend ausgeweitet werden.

Ein Weltparlament hat umgekehrt auch eine wichtige Bedeutung für die Legitimation eines Weltverfassungsgerichts *und jeder Weltgerichtsbarkeit im Allgemeinen*. Armin von Bogdandy und Ingo Venzke haben darauf hingewiesen, dass auch internationale Gerichte »Akteure globalen Regierens« seien und »demokratischer Legitimation bedürfen, die repräsentative Institutionen vermitteln«. Die Legitimationskraft durch das herkömmliche Ratifikationsverfahren auf der nationalen Ebene habe Grenzen, die es bereits »bei dem heutigen Entwicklungsstand vieler internationaler Gerichte angeraten erscheinen lässt, weitere Legitimationsquellen zu erschließen«. Im Mittelpunkt der demokratischen Rechtfertigung müssten die Individuen stehen, »deren Freiheit die Urteile gestalten, und sei es auch noch so indirekt«. ⁷ Angelika Emmerich-Fritsche macht in ihrer Studie klar, dass »Weltgerichte, welche gegenüber den Bürgern der Welt verbindlich Recht sprechen«, grundsätzlich »weitergehender demokratischer Legitimation« bedürfen. Konkret bedeutet das, dass die Richter von der betroffenen Bürgerschaft, deren Parlament oder einem demokratisch eingesetzten Wahlausschuss gewählt werden müssten. Nach Auffassung von Emmerich-Fritsche wäre es für ein Weltgericht »praktisch vernünftig«, einen Richterwahlausschuss einzusetzen, »der sich parallel aus Mitgliedern der nationalen Parlamente und/oder des Weltparlaments sowie aus den höchsten Richtern der Staaten zusammensetzt«. ⁸ Eine Beteiligung des Weltparlaments als Vertretung der Weltbevölkerung sollte als unumgänglich betrachtet werden.

28. Die Bedingungen der Transformation

Die Rahmenbedingungen für institutionelle Veränderungen

Eine Weltrechtsordnung mit einem Weltparlament wird sich nicht einfach nur deshalb durchsetzen, weil sie im Vergleich zum heutigen völkerrechtlichen System ethisch und moralisch überlegen ist und in einer rationalen Debatte die überzeugenderen Argumente für sie sprechen. Das ist zwar eine wichtige Ausgangslage, aber für sich alleine genommen reicht das natürlich nicht aus. Richard Falk hat darauf hingewiesen, dass es in Weltordnungsstudien lange Zeit Tradition war, ein besseres System vorzuschlagen, ohne weiter darauf einzugehen, wie der Weg von »hier« nach »dort« überhaupt aussehen könnte. Man verließ sich auf die Kraft der besseren Argumente. Diese Haltung hat Falk zu Recht als romantisch und naiv angesehen. Die Auseinandersetzung wird nicht im Debattierklub, sondern in der politischen Arena entschieden. »Außer auf marginale und kosmetische Weise«, so der Völkerrechtler, »ist es sehr unwahrscheinlich, dass diejenigen, die von existierenden Machtkonstellationen und -interessen profitieren, sich von Appellen beeinflussen lassen, die auf Argumentation oder Werten beruhen.« Macht könne nur durch Gegenmacht transformiert werden. »Kein Lösungskonzept für die Weltordnung, das eine substantielle Veränderung des Staatensystems vorsieht, kann umgesetzt werden, ohne dass die Verfechter des neuen Systems mit wichtigen sozialen und politischen Kräften innerhalb der existierenden Weltstruktur verbunden sind«, schrieb Falk. ¹ Es liegt nun in der Natur der dritten demokratischen Transformation und der neuen globalen Aufklärung, dass sich ihre Ziele, Werte und Perspektiven nach und nach in der Weltgesellschaft verbreiten und dadurch immer mehr an Potential gewinnen. Dieser Prozess wird von den langfristigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungen vorangetrieben, die mit der globalen Industrialisierung und Postindustrialisierung einhergehen. Auf die Bedeutung von anhaltendem Wohlstand und einem steigenden Bildungsniveau für einen emanzipativen Wertewandel und letztlich für die Ausbildung einer postkonventionellen Moral haben wir beispielsweise bereits hingewiesen. Das zunehmende Erleben der globalen Vernetzung und wachsende globale Empathie ist einer der anderen Faktoren, auf die wir eingegangen sind. Aufstrebende Mittelschichten in den Entwicklungsländern auf der einen Seite und bedrängte Mittelschichten

in den Industrieländern auf der anderen Seite bilden neben dem globalen Prekariat die sozialen Kräfte, die als Teil eines »transformativen Subjekts« die dritte Transformation gesellschaftlich im Wesentlichen tragen werden.

Dies soll jedoch nicht heißen, dass dieser Trend zwangsläufig weitergehen und zur Realisierung einer Weltdemokratie führen wird. Die Verharrungskräfte des Status Quo und der Widerstand seiner Nutznießer gegen einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag und einen neuen globalen Klassenkompromiss im Rahmen einer ökologisch-sozialen und pazifistischen Weltrechtsordnung sind nicht zu unterschätzen. Auf dem Gebiet der Klimapolitik beispielsweise versuchen Vertreter der Öl- und Kohleindustrie unerlässlich, die internationalen Verhandlungen zu hintertreiben, die Ergebnisse der Klimaforschung zu diskreditieren und die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Es besteht außerdem die reale Gefahr eines zivilisatorischen Rückschlages oder gar eines Kollaps im Weltmaßstab. Das neue Prekariat und die bedrängten Mittelschichten bringen auch antimodernes, nationalistisch-reaktionäres Potential mit sich, das Demagogen für ihre Zwecke mobilisieren können. Anhand der jüngsten Ergebnisse der siebten Welle des World Values Survey erkennen Forscher Anzeichen einer sich möglicherweise anbahnenden »demokratischen Dekonsolidierung« auch in den etablierten westlichen Demokratien und warnen davor, einen Zusammenbruch der Demokratie in diesen Ländern als unmöglich anzusehen.²

Ronald Inglehart und Christian Welzel haben beschrieben, wie langfristiger gesellschaftlicher Wertewandel die Grundlage für institutionelle Veränderungen schafft. Sie führen das Beispiel an, dass innerhalb der Bevölkerungen der osteuropäischen Länder in den Jahrzehnten vor 1989 ein langsamer, aber stetiger Wandel hin zur stärkeren Betonung von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung stattgefunden habe. Dieser Wertewandel hat einen gesellschaftlichen Veränderungsdruck aufgebaut, der unter speziellen historischen Bedingungen schließlich relativ plötzlich und unerwartet den Fall der Mauer und den Kollaps der kommunistischen Regime in Osteuropa bewirken konnte. Der genaue Zeitpunkt, wann ein solcher langfristiger Wertewandel zu einem institutionellen Durchbruch führt, ist nach Inglehart und Welzel in aller Regel durch die Überwindung von Blockaden auf der Ebene der Eliten bestimmt. Für die Revolutionen in Osteuropa war ihnen zufolge die 1988 von Michail Gorbatschow verkündete Politik entscheidend, dass die Sowjetunion anders als etwa 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei zusammenbrechende verbündete Regierungen nicht mehr mit militärischer Gewalt aufrecht erhalten würde.³ Ein interessanter Aspekt an diesem Beispiel liegt darin, dass jedenfalls nach Gorbatschows eigener

Aussage ein Wandel zu einer planetaren Perspektive für ihn persönlich ein bestimmender Faktor war.

Gesellschaftliche Spannungen können angesichts von anhaltenden Blockaden auf der Elitenebene so groß werden, dass sie sich gewaltsam entladen. Die Weltakademie der Künste und Wissenschaften, WAAS, hat 2013 gemeinsam mit dem Club of Rome und anderen Institutionen ein Projekt über die Formulierung einer neuen »integrierten Perspektive« für die Lösung der globalen Herausforderungen begonnen. Ziel ist die Etablierung eines globalen Konsortiums zur Umsetzung eines »neuen Paradigmas der menschlichen Entwicklung«. In einem programmatischen Aufsatz zu dem Projekt schreiben Ivo Šlaus und Garry Jacobs von der Weltakademie, dass radikaler Wandel in der Geschichte gewöhnlich in der Form gewaltsamer Revolutionen vorkomme. Diese richten sich gegen Eliten, die sich Machteinbußen gegenüber hartnäckig widersetzen. Gelegentlich hätten weitsichtige Führer aber auch die dringende Notwendigkeit schneller sozialer Evolution erkannt, um der Möglichkeit solcher Revolutionen vorzubeugen. Die Elite Englands beispielsweise habe eine Wiederholung des Blutvergießens der französischen Revolution, das die französische Aristokratie ausstrahlt habe, durch eine Öffnung gegenüber der Mittelklasse zu verhindern gesucht.⁴

Eine kosmopolitische Bewegung

Im Hinblick auf das Weltsystem ist die Situation insofern anders, als dass es kein politisches Machtzentrum gibt, gegen das sich eine Revolution – rein theoretisch gesehen – überhaupt richten könnte. Im Unterschied zur Entstehung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert, bei der die Nationwerdung und die Staatsbildung auf der Elitenebene vorangetrieben wurde, gibt es jedenfalls bislang auch kaum Anzeichen dafür, dass Teile der transnationalen Elite ein solches Machtzentrum etablieren wollen. Es dient den Interessen der transnationalen Elite umso mehr, je weniger der transnationale Staatsapparat für Gegenbewegungen greifbar ist. Sie können ihre Anliegen global nicht richtig kanalisieren. Für den Ko-Direktor des neuen World Democratic Forum, Jean Rossiaud, liegt genau hier die Ursache dafür, dass die Bemühungen der sozialen Bewegungen für globalen Wandel im Wesentlichen ins Leere laufen. Das Fehlen eines Weltstaates begrenze die Handlungsoptionen der sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft auf Widerstand und defensive Aktionen auf der lokalen oder nationalen Ebene. Die wesentlichen Weichenstellungen müssten aber global ge-

setzt werden. In der »ersten Moderne« hätten sich nationale Bewegungen für die Etablierung von Nationalstaaten eingesetzt. Für die neuen sozialen Bewegungen sei die Zeit gekommen, eine »demokratische kosmopolitische Bewegung« zu formieren, deren wichtigste Forderung die Etablierung eines Weltstaates sei. Dieser würde dann die institutionelle Grundlage für die Umsetzung ihrer eigentlichen Anliegen bilden.⁵ Dabei geht es nicht darum, dass sich die Bewegung über diese Anliegen im Einzelnen einig werden muss. Einigkeit braucht es nur bei dem Ziel, dass es einen demokratischen globalen Gestaltungsrahmen geben muss, damit *überhaupt* eine bestimmte globale Politik effektiv verfolgt werden kann. Es liegt nahe, dass sich die sozialen Bewegungen der zweiten demokratischen Transformation, die in vielen Ländern weiterhin für eine Demokratisierung auf der nationalstaatlichen Ebene kämpfen, sich auch als Teil der kosmopolitischen Bewegung verstehen werden. Das gemeinsame Ziel liegt schließlich in der Errichtung und Stärkung der Demokratie, nur auf verschiedenen Ebenen.

Der Ansatz einer kosmopolitischen Bewegung zieht immer mehr Interesse auf sich. Die »globale Transformation« erfordere »das Erwachen eines neuen sozialen Akteurs: einer enormen Bewegung von Weltbürgern, die eine supranationale Identität zum Ausdruck bringen und neue Institutionen für ein planetares Zeitalter aufbauen«, meint Paul Raskin vom Tellus-Institut.⁶ Im Rahmen der »Great Transition Initiative« arbeitet das Institut gemeinsam mit anderen an Strategien, um eine solche »globale Bürgerbewegung« ins Leben zu rufen. In einem Papier des Instituts heißt es, dass die Etablierung eines Weltparlaments eines der Projekte sein sollte, an dem eine solche Bewegung arbeitet.⁷ Mit der Formierung einer Weltbürgerbewegung haben sich in den Jahren 2013 bis 2015 auch drei internationale Konferenzen beschäftigt. Organisiert wurden sie unter dem Dach eines zivilgesellschaftlichen Projekts mit dem Namen DEEP, das sich ebenfalls als Teil der Bewegung für eine »Große Transformation« versteht.

Die Rolle der NGOs

Der von der Zivilgesellschaft und den neuen sozialen Bewegungen aufgebaute politische Druck erübrigt sich nicht nur in Widerstand. Er zielt aber in erster Linie auf *intrasystemische* Veränderungen ab, also auf die Verwirklichung bestimmter Ziele im Rahmen des vorgefundenen Weltsystems. Die mit der anarchischen Völkerrechtsordnung verbundenen Probleme werden so nicht angesprochen oder gar gelöst. Der gesellschaftliche Veränderungsdruck muss in die Richtung einer radikalen Veränderung der *institutionellen und rechtlichen*

Grundlagen des Systems selbst gelenkt werden. Obwohl die großen internationalen NGOs dabei eine wichtige Rolle spielen könnten, indem sie Veränderungsdruck auf die Eliten ausüben, wollen sich die Vordenker einer kosmopolitischen Bewegung lieber nicht auf sie verlassen. Bisher sind sie mit Blick auf eine Veränderung der institutionellen Strukturen des Weltsystems nicht als bedeutende Akteure einer »Großen Transformation« in Erscheinung getreten. In den vergangenen dreißig Jahren sind zum Beispiel immer wieder Bemühungen im Sand verlaufen, die großen NGOs der Welt zu starken gemeinsamen Kampagnen für eine Reform der Vereinten Nationen zu bewegen. Wie Unternehmen, die sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, reicht ihr Horizont in den meisten Fällen nicht über ihr unmittelbares Anliegen hinaus. Ihre Tätigkeit wird im Wesentlichen von tagespolitischen Erwägungen bestimmt und konzentriert sich darauf, kurzfristige Ergebnisse zu erzielen, die möglichst gut messbar und darstellbar sind. Obwohl eine Systemänderung in die Richtung einer Weltrechtsordnung oft der wohl effektivste Hebel wäre, um ihre Ziele nachhaltig zu verwirklichen, erscheint ihnen dieses Anliegen als zu weit entfernt. Für die Arbeit an Weltordnungsfragen, die eine übergreifende und langfristige Perspektive erfordert, gibt es bei ihnen über Symbolhandlungen hinaus wenig Platz. Wie Politik und Wirtschaft – und unsere Gesellschaft insgesamt – sind auch sie in der »Kurzfristfalle« gefangen, wie sie der Unternehmensberater Pero Mičić jüngst beschrieben hat.⁸

Die Ursachen reichen jedoch noch tiefer. In ihrem Buch »Protest Inc.« von 2014 beschreiben die Politikwissenschaftler Peter Dauvergne und Genevieve Lebaron, wie die großen NGOs immer mehr wie Unternehmen aussehen, denken und handeln und sich dabei zu Stützen des Systems verwandeln. »Eine Konsequenz für die Weltpolitik liegt darin«, schreiben sie, »dass der Aktivismus heute weniger »radikal« ist als vor vierzig oder fünfzig Jahren, zumindest wenn es um die Forderung nach systemischen und weitreichenden Wandel geht.« Nur selten würden »Karriereaktivisten« heute etwa eine Weltregierung oder eine neue internationale Wirtschaftsordnung fordern. Sie sind mit dem bestehenden System verwoben und neigen daher zu einer konservativen »realistischen« Haltung. In der Entradikalisierung und der damit einhergehenden pragmatischen Annäherung der professionellen NGO-Welt an Regierungen, Wirtschaftskonzerne und Geldgeber sehen Dauvergne und Lebaron eine Erklärung dafür, dass sich die Weltordnung trotz globaler Proteste und Aufstände als »so immun gegenüber Forderungen von unten für systemische Reformen« erwiesen hat.⁹ Der Druck von der Straße wird nur unzureichend aufgegriffen und weitergegeben.

Die wachsende Kluft zwischen der professionellen NGO-Welt und den gewöhnlichen Menschen wurde in einem 2014 veröffentlichten offenen Brief von NGO-Vertretern selbstkritisch als Problem erkannt. In dem unter anderen vom damaligen Greenpeace-Chef Kumi Naidoo oder der Oxfam-Direktorin Winnie Byanyima unterzeichneten Dokument hieß es, dass sich die großen NGOs durch die Einbindung in internationale Prozesse hätten zähmen, überlisten und ausmanövrieren lassen. Sie würden der wachsenden Forderung von unten »nach einer systemischen ökonomischen und politischen Transformation« nicht gerecht.¹⁰ Mehr und mehr Aktivisten der Zivilgesellschaft wollen sich damit nicht mehr zufrieden geben und tauschen sich darüber aus, wie sie zu effektiven Systemveränderungen im Sinne einer »Großen Transformation« beitragen können. Im Rahmen des 2011 gegründeten SmartCSO Lab kommen sie auch mit Wissenschaftlern und Geldgebern zusammen, um über neue Ansätze zu beraten. Zivilgesellschaftliche Organisationen, schreibt das Lab auf seiner Website, »spielen im Voranbringen von transformativem sozialen und wirtschaftlichen Wandel eine entscheidende Rolle. Doch in Anbetracht der heutigen Herausforderungen sind neue Strategien und Vorgehensweisen notwendig. Mit unserem Fokus auf Einzelthemen und kurzfristige Ziele gewinnen wir viele kleine Kämpfe, verlieren aber währenddessen unseren Planeten«.¹¹

Eine UNPA als Motor der Veränderung

Je stärker der gesellschaftliche Wertewandel und die neue globale Aufklärung in der Weltbevölkerung um sich greift, desto mehr werden auch die großen professionellen internationalen NGOs den Druck- und den Wunsch- verspüren, ihre Arbeit im Rahmen der »Großen Transformation« zu sehen und Ziele wie die eines Weltparlaments aktiv zu unterstützen. Es wird umso wahrscheinlicher, dass in der beschriebenen Entwicklungssequenz hin zu einem Weltparlament vorangeschritten werden kann. Der entscheidende Meilenstein besteht darin, den Prozess durch die Einrichtung einer UNPA erst einmal in Gang zu setzen. Für die Etablierung einer direkt gewählten UNPA mit Kompetenzen wie die Generalversammlung ist die gesellschaftliche Basis, wie die bereits erwähnte Umfrage aus dem Jahr 2005 bestätigt, bereits vorhanden. Eine stärkere weltweite Mobilisation für dieses Ziel ist möglich und kann in der richtigen Konstellation zum Erfolg führen, auch wenn noch nicht in allen Ländern Direktwahlen möglich oder erwünscht sein werden. Die entscheidende Hürde liegt hier in *Blockaden auf der Elitenzebene*. Statt sich übermäßig zu verzetteln sollten sich die noch zarten

Kräfte der »Großen Transformation« vorrangig darauf konzentrieren, genau diese Blockaden zu durchbrechen. Wie Weltföderalisten wie Dieter Heinrich Anfang der 1990er Jahre erkannten, wird die Versammlung, wenn sie einmal eingerichtet ist, »selbst für die fortschreitende Dynamik sorgen, die für ihre weitere Evolution zu einer parlamentarischen Kammer bei den UN notwendig wäre«.¹² In einem wechselseitigen Prozess würde die Versammlung zur Entstehung und Stärkung einer kosmopolitischen Bewegung beitragen, die wiederum öffentliche Unterstützung für eine Weiterentwicklung der Versammlung mobilisieren würde. Die progressiven Abgeordneten in der Versammlung wären der vielleicht wichtigste Motor einer kosmopolitischen Bewegung. Eine UNPA stellt das entscheidende Vehikel dar, um den gesellschaftlichen Kräften des Systemwandels global Ausdruck zu verleihen und den Veränderungsdruck gegenüber den Regierungen und der Elite politisch zu bündeln. Auf dem Weg zu einem Weltparlament ist sie zugleich der entscheidende politische und institutionelle Angelpunkt, um eine weltstaatliche Struktur zu verwirklichen.

Im Hinblick auf das Ziel eines Weltparlaments auf der Basis von »ein Mensch, eine Stimme« scheint der gesellschaftliche Werte- und Bewusstseinswandel global gesehen zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausreichend fortgeschritten zu sein. Eine im Auftrag der BBC im Jahr 2007 durchgeführte Erhebung in 15 Ländern stellte die Frage, wie wahrscheinlich die Befragten ein »globales Parlament« unterstützen würden, »in dem die Stimmen auf der Bevölkerungsgröße eines Landes basieren würden und das verbindliche Entscheidungen treffen könnte?« In nur zwei der abgedeckten Länder, nämlich Indien und Dubai, hat sich eine relative Mehrheit der Befragten unumschränkt hinter diesen Vorschlag gestellt. Zwar überwiegte in weiteren sechs Ländern die positive Haltung, doch nur mit Einschränkungen. In den restlichen sieben Ländern war die Haltung überwiegend negativ.¹³ Für die Einrichtung eines Weltparlaments ist Aufklärungsarbeit sowie ein entschiedener Veränderungswille auf Seiten der Elite notwendig, um *gesellschaftliche Blockaden* aufzulösen. Die Versammlung, zunächst eingerichtet in der Form einer UNPA, wäre selbst einer der wichtigsten Akteure, um dies zu erreichen. Bei einer abgestuften Sitzverteilung, klaren Kompetenzgrenzen und einer Einbeziehung der Generalversammlung und der nationalen Parlamente in den Entscheidungsprozess würden wir außerdem mit mehr Zustimmung rechnen.

Vier Faktoren

Wann und in welcher Form der globale Wertewandel den Bemühungen für ein Weltparlament zu institutionellen Durchbrüchen verhelfen wird, ist nicht vorhersehbar. Das ist nicht überraschend. Historische Ereignisse kommen selbst für professionelle Beobachter oft unerwartet. Den Fall der Berlin Mauer am 9. November 1989 oder die Arabischen Revolutionen von 2011 hat trotz aller Vorzeichen praktisch niemand so kommen sehen. Dass es der Staatengemeinschaft nach dem Fall der Mauer innerhalb von neun Jahren gelingen würde, das Statut eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofes zu verabschieden und dass dieses Statut trotz des Widerstands der USA innerhalb von nur vier Jahren von 60 Staaten ratifiziert und in Kraft treten würde, hätten ebenfalls nur wenige für möglich gehalten. Wenn man über Szenarien zur Verwirklichung eines Weltparlaments nachdenkt, wird aber wahrscheinlich eine Kombination aus vier Faktoren eine Rolle spielen.

Die schleichende Revolution

Wie es auch beim ICC der Fall war, ist zunächst an Fortschritte zu denken, die sich weitgehend unbemerkt von der allgemeinen Öffentlichkeit im politischen Hintergrund abspielen. Schritt für Schritt geht es langsam voran. Die Unterstützung in der Zivilgesellschaft, in akademischen und intellektuellen Kreisen, bei Experten, Politikern und durch Regierungen wächst. Dieser Prozess hat schon begonnen. Seine lange Vorgeschichte haben wir in diesem Buch geschildert. In ähnlicher Weise wie die internationale Unterstützung für einen ICC seit 1995 von einer Koalition von NGOs koordiniert und vorangetrieben wurde, gibt es seit 2007 die internationale Kampagne für eine UNPA. Durch das Voranschreiten der zweiten demokratischen Transformation, den globalen Wertewandel und die Globalisierung hat sich die Ausgangslage fundamental verbessert. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zwar in vielen Ländern starke öffentliche Unterstützung für ein Weltparlament und Weltbürgertum, die man historisch durchaus als eine kosmopolitische Bewegung einordnen könnte, aber die *zweite* Transformation war noch nicht weit genug vorangeschritten. In der Sowjetunion als zentraler Siegermacht neben den USA regierte beispielsweise der Massenmörder und Diktator Josef Stalin und die Entkolonialisierung fing gerade erst an. Diesen Faktor könnte man die »schleichende Revolution« nennen. Sie schafft erforderliche Grundlagen, wird für sich alleine genommen jedoch nur schwer die nötigen Durchbrüche erreichen können.

Die Revolution von unten

Die Blockaden auf der Elitenebene werden an den entscheidenden Wegmarken, wenn es um die Einrichtung und später um die Weiterentwicklung einer UNPA geht, wohl nur dann gut überwunden werden, wenn der gesellschaftliche Veränderungsdruck als massenhafte Unterstützung für ein Weltparlament öffentlich sichtbar wird. Diesen Faktor könnte man als die »Revolution von unten« bezeichnen. Die internationalen Umfragen, die bisher zur Frage eines globalen Parlaments durchgeführt wurden, deuten darauf hin, dass es in der Weltbevölkerung Potential dafür gibt. Früher oder später könnte die Forderung nicht nur von führenden internationalen NGOs, sondern auch von den neuen sozialen Bewegungen prominent aufgegriffen werden. Zudem könnten Städte und Kommunen eine wichtige Rolle spielen. Nach Ansicht von David Wylie, der Mitglied des Stadtrates von Cambridge war, könnten Initiativen auf der kommunalen Ebene entscheidend sein, um den Widerstand der Nationalstaaten zu umgehen.¹⁴ In all dem könnte die Geburtsstunde einer neuen kosmopolitischen Bewegung liegen. Durch Resolutionen von Städten und Gemeinden sowie Massenproteste und Demonstrationen, bei der die Forderung nach einem Weltparlament einen Mittelpunkt bildet, wird sie in der Weltöffentlichkeit präsent und wird Gegenstand der tagespolitischen Diskussion. Dies könnte etwa im Rahmen einer neuen globalen Protestwelle geschehen, wie sie zuletzt durch die Arabischen Revolutionen ausgelöst wurde. Die tunesische Revolution von 2011 schwappte nicht nur nach Ägypten, Libyen und Jemen über, wo die Regierungen ebenfalls gestürzt wurden, sondern animierte in aller Welt zu Protesten. In Spanien entstand die Bewegung des 15. Mai, deren Forderung nach »echter Demokratie« von Demonstranten in anderen Ländern aufgegriffen wurde. Die Besetzung des Zuccotti Parks in New York durch »Occupy Wall Street« im September 2011 war von der Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo inspiriert. Die Occupy-Proteste breiteten sich in den USA, Großbritannien, Deutschland und weiteren Ländern aus. Die Gemeinsamkeiten und Verbindungen zwischen den verschiedenen Bewegungen bedürfen genauerer Betrachtung, doch mit Blick auf Proteste in elf Staaten im Jahr 2013, darunter Ägypten, Brasilien, China, Thailand, Türkei oder Ukraine, stellte das Weltwirtschaftsforum fest, dass eine »allgemeine Unzufriedenheit mit dem Status Quo unter den aufstrebenden Mittelklassen bereits offensichtlich« sei.¹⁵ Dass die Etablierung eines Weltparlaments zur Forderung von Massenprotesten wird, ist nicht abwegig. Zu dem global koordinierten Protesttag am 15. Mai 2012 hatte beispielsweise das internationale Netzwerk der Occupy-Gruppierungen ein Statement angenommen, in dem bereits ein »systemischer Wandel« des

globalen ökonomischen und politischen Systems und eine Demokratisierung internationaler Institutionen gefordert wurde. In dem vom *Guardian* veröffentlichten Text heißt es, dass »alle Entscheidungen, die die ganze Menschheit betreffen« in »demokratischen Foren wie einer partizipatorischen und direkten UN-Parlamentarierversammlung oder UN-Bürgerversammlung und nicht in Reichenklubs wie die G20 oder G8 getroffen werden« sollten.¹⁶ Dies ist der »neue Kampfzyklus« von dem Michael Hardt und Antonio Negri gesprochen haben.

Die Revolution von oben

Einen weiteren wichtigen Faktor bei der Verwirklichung eines Weltparlaments wird die Unterstützung des Projekts durch aufgeklärte Eliten darstellen. Dies ist die »Revolution von oben«. Zunächst kleine und dann immer größere Teile der transnationalen Elite werden erkennen, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, globale demokratische Reformen aktiv voranzutreiben. Nur so wird eine Fortführung der wirtschaftlichen Integration und der globalen Modernisierung den nötigen gesellschaftlichen Rückhalt finden und die Stabilität – wenn nicht gar die Weiterexistenz – der Weltgesellschaft gewährleistet werden können. Aufgrund seiner universellen Geltung kann Weltrecht für alle wirtschaftlichen Akteure wettbewerbsneutral wirksam gemacht werden. Wirtschaftsvertreter könnten in weltrechtlicher Regulierung gegenüber dem heutigen völkerrechtlichen System einen Vorteil sehen. Die Unterstützung aus Kreisen der Wirtschafts- und Regierungseliten wird aber nicht nur durch kalkuliertes Eigeninteresse und gesellschaftlichen Druck motiviert sein. Das Voranschreiten der postkonventionellen Moral, der Empathie und der planetaren Perspektive macht auch vor ihnen nicht Halt. Das »neue Denken« von Michail Gorbatschow hätte dies nicht besser demonstrieren können. Der institutionelle Durchbruch einer »globalen Perestroika« könnte diesem Vorbild folgend aufgrund der entschlossenen Initiative eines einflussreichen Regierungschefs erzielt werden. »Der Weg zur Weltordnung führt über den Selbstverzicht Mächtiger, sei es, weil sie ihrer Menschlichkeit folgen, sei es, weil sie in weiser Voraussicht ihre eigene Macht scheitern sehen ohne Vereinigung mit den anderen«, hatte Karl Jaspers geschrieben.¹⁷ Selbst aus dem Kreis der Superreichen könnte schließlich wichtige – nicht zuletzt finanzielle – Unterstützung für eine kosmopolitische Bewegung und die Bemühungen für ein Weltparlament kommen. Mit einem Vermögen von rund 80 Milliarden US-Dollar führt zum Beispiel Microsoft-Gründer Bill Gates die vom *Forbes*-Magazin aufgestellte Liste der reichsten Menschen

der Welt an. In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* äußerte er sich Anfang 2015 kurz zur Frage einer Weltregierung. Im Klimawandel fehle »eine Art globale Regierungsführung«, beklagte er da. »Wir brauchen eine Weltregierung?«, hakte die Interviewer nach. »Wir haben globale Fragen, da wäre sie bitter nötig«, antwortete er.¹⁸

Der Auslöser

Wenn wir die Geschichte des internationalen Systems betrachten, sind die wichtigsten institutionellen Durchbrüche und Paradigmenwechsel meist erst nach einschneidenden Ereignissen aufgetreten. Das Paradigma der Souveränität war ein Ergebnis des Dreißigjährigen Krieges. Der Völkerbund als erster zwischenstaatlicher Organisation mit dem Ziel kollektiver Sicherheit und das völkerrechtliche Kriegsverbot im Briand-Kellogg-Pakt waren eine Konsequenz aus dem Ersten Weltkrieg. Die Ablösung des Völkerbundes durch die Vereinten Nationen als einer universellen Weltorganisation und der europäische Integrationsprozess mit dem Gedanken geteilter Souveränität waren Folgen des Zweiten Weltkrieges. Die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes war eine verzögerte Konsequenz aus dem Holocaust und den Nürnberger Prozessen. Konkrete politische Auslöser waren in der ersten Hälfte der 1990er Jahre aber die Verbrechen und der Völkermord auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien sowie der Völkermord in Ruanda, für die der UN-Sicherheitsrat jeweils eigene Tribunale eingerichtet hatte.

Oft begegnet man der Vorstellung, dass wohl auch der nächste evolutionäre Schritt zu einer föderalen Weltorganisation der dritten Generation nicht ohne eine ähnliche Leidens- und Schockerfahrung möglich sein wird. »Ein neues Welt-system zur Vermeidung eines Dritten Weltkrieges zu schaffen«, schrieb Wilfred Jenks 1969, »wäre eine Aufgabe, die politische Imagination und Entschlossenheit in einem Ausmaß erfordert, das wir aufgrund historischer und gegenwärtiger Erfahrung nicht erwarten können.«¹⁹ Randall Schweller meinte vor kurzem, dass die einzige Lösung darin bestehe, dass das System einen »enormen Schock« erleide, »ein Desaster von riesigem Ausmaß«, das der Welt »neue Energie« einspeise. Er denkt dabei an eine »entsetzliche Naturkatastrophe«, eine globale Pandemie, eine »koordinierte Serie weltweiter Terroranschläge« oder an einen Weltkrieg. Nur eine solche Destruktion, so Schweller, könne die Bühne für globale Erneuerung bereiten.²⁰ Wie für viele andere Wissenschaftler, die an der Entwicklung der Atombombe beteiligt waren, war es für den Physiker Leó Szilárd

(1898 bis 1964) keine Frage, ob zur Kontrolle der Atomtechnologie und zur Friedenssicherung eine Weltregierung geschaffen werden müsste. Wie er 1946 schrieb, liege das Problem vielmehr darin, »ob wir eine solche Weltregierung haben können, ohne durch einen Dritten Weltkrieg gehen zu müssen.«²¹

Wir wollen uns das Szenario eines Dritten Weltkrieges nicht ausmalen. »Dieser Atomblitz«, schrieb Carl Friedrich von Weizsäcker, »wird nie vergessen werden, solange die Menschen ihren Kindern Geschichte erzählen. Er wird das große Symbol für den Abgrund sein, in den uns die Verderbtheit des Menschenherzens einmal geführt hat.«²² Sofern die Überreste der Weltzivilisation nach einem atomaren Krieg den Aufbau einer Weltregierung überhaupt noch erlauben würden, dann wird diese wahrscheinlich nicht demokratisch sein. Als auslösendes Ereignis für die Etablierung einer demokratischen Weltrechtsordnung ist dieses Szenario nicht nur in keiner Weise wünschenswert, sondern höchstwahrscheinlich auch ausgeschlossen. Nach Ansicht von Jean Rossiaud liegt der »vorrangige Zweck der Formierung einer demokratischen kosmopolitischen Bewegung« darin, »einen Dritten Weltkrieg zu verhindern«. Die historische Aufgabe der Bewegung liege darin, für eine »sanfte Transformation« zu sorgen. »Die Arbeiterbewegung und die Sozialistische Internationale ist an dieser Aufgabe 1914 gescheitert«, zieht Rossiaud eine historische Parallele.²³

Den Schrecken antizipieren und verhindern

Die größte Herausforderung liegt wieder auf der Bewusstseinsebene. Wie Ulrich Bartosch erläutert, wurde »die Hoffnung, den schmerzlichen Weg der Erfahrung durch den vernünftigen Weg der denkenden Einsicht zu ersetzen«, schon von Carl Friedrich von Weizsäcker beschrieben. Wenn nämlich »die Erfahrung eines schrecklichen letzten Weltkrieges den menschlichen Bewußtseinswandel bewirken würde, was nichts anderes heißt, als daß dieser Bewußtseinswandel tatsächlich möglich ist, dann müßte die antizipatorische Wahrnehmung des Schreckens die Bedingung der Möglichkeit für einen Bewußtseinswandel ohne Krieg sein«, fasst Bartosch zusammen. Ein solcher Bewußtseinswandel »könnte die Menschen bemächtigen, eine politisch gesicherte Weltfriedensordnung vorwegnehmend zu errichten. Alle wesentlichen Elemente der Nachkriegszeit sind in der Gegenwart bereits erkennbar und stehen dem Denken, d. h. dem Nachdenken zur Verfügung. Was lediglich fehlt, ist das reale Erleben des Schmerzes, der Angst und der Verwüstung.«²⁴ Kurzum, das Hineinversetzen in die möglichen Schrecken eines Dritten Weltkrieges sollen die Kräfte mobilisieren, um eine

solche Zukunft zu verhindern und durch den Aufbau einer Weltfriedensordnung auszuschließen. Das alleine reicht aber wohl nicht aus. Wie Joseph Baratta bilanziert, hat sich »atomare Angst« als »zu dürftig für die bedeutende Arbeit zur Etablierung einer Weltregierung erwiesen«. »Die Menschheit wird sich nicht aus Angst dazu bringen lassen, ihre souveräne Macht an eine gemeinsame oder föderale Regierung zu delegieren. Etwas wie Vaterlandsliebe – oder die Liebe zur Erde – ist erforderlich. Die Menschen müssen eine höhere Ebene der Regierung wollen, um ihre Freiheiten, ihr Eigentum und ihre Sicherheit zu garantieren. Eine positive Vision ist erforderlich.«²⁵

Der Weg zu einer Weltrechtsordnung kann ohne ein Schockereignis vom Ausmaß eines Dritten Weltkrieges, einer globalen Pandemie oder einer beispiellosen Naturkatastrophe auskommen. Trotzdem wird es für die Revolution von unten und die Revolution von oben wahrscheinlich Auslöser geben müssen, damit sie sich mit der für einen Durchbruch nötigen Kraft entfalten können. Ein wichtiger Zündfunke etwa für das Entstehen der »Occupy«-Proteste war sicher nicht nur die Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo, sondern auch die globale Finanzkrise von 2007 und die damit einhergehenden Bankenretungen. Es sind Szenarien vorstellbar, bei denen unvorhergesehene, aber sehr wirkungsträchtige Ereignisse schlagartig eine neue historische Konstellation bewirken, die ein schnelles Voranschreiten erlauben. Ein Zusammenbruch des internationalen Finanz- und Bankensystems mit einer damit einhergehenden globalen Wirtschaftskrise ist denkbar. Der Vereinigte US-Generalstab schließt in der US-Militärstrategie von 2015 die Beteiligung der USA »an einem zwischenstaatlichen Krieg mit einer Großmacht« nicht aus. Die Wahrscheinlichkeit sei »niedrig, aber anwachsend«.²⁶

Klimabedingte Ereignisse

Was sicher zu sein scheint ist das vermehrte Auftreten extremer klimabedingter Ereignisse wie Stürme, Überschwemmungen, Hitze- und Kältewellen sowie Dürren. Der Klimawandel wird viele, vielleicht hunderte Millionen Menschen zu Flüchtlingen machen. Wie und mit welchen Konsequenzen er genau verlaufen wird, ist nicht vorhersehbar. Doch es gibt Grund zur Sorge. Mit Blick auf die langfristige Entwicklung gehen neue Forschungsergebnisse im Gegensatz zu IPCC-Szenarien beispielsweise davon aus, dass bei einem Temperaturanstieg von zwei Grad von einem Anstieg des Meeresspiegels von mehreren Metern gerechnet werden muss. Außerdem könnte dieser viel schneller als bisher an-

genommen verlaufen. Die ökologischen und gesellschaftlichen Konsequenzen könnten »verheerend« sein, so eine 2015 veröffentlichte Studie. »Es ist nicht schwierig sich vorzustellen, dass Konflikte aufgrund erzwungener Migration und ökonomischem Kollaps den Planeten unregierbar machen könnten und das Grundgefüge der Zivilisation bedrohen«, heißt es da.²⁷ Niedrig liegende Küstengebiete, zu denen Gegenden wie New York oder große Teile Bangladeschs gehören, würden unbewohnbar werden. In einem Bericht an den Club of Rome über Zukunftsprognosen für das Jahr 2052 geht Jørgen Randers davon aus, dass es »keine Chance« gibt, den CO₂-Ausstoß so stark und so schnell wie nötig zu bremsen, um den Temperaturanstieg unter zwei Grad zu halten.²⁸ Eine andere Studie weist daraufhin, dass ein Verbrennen aller noch vorhandenen Vorräte an Kohle, Gas und Öl im Laufe der nächsten Jahrhunderte einen Anstieg des Meeresspiegels von über 50 Meter bedeuten würde.²⁹ Das jahrzehntelange Versagen der Weltgemeinschaft, den menschengemachten Klimawandel zu bremsen, wird in den Verhandlungen über eine Weltorganisation der dritten Generation als Kronzeuge aufgerufen werden. Eine föderale Weltordnung könnte unausweichlich sein, um mit den Konsequenzen umgehen zu können.

Ein demokratisches China

Die ernsthafte Initiative eines aufgeklärten kosmopolitisch orientierten Präsidenten der USA, der die Unterstützung sowohl des Repräsentantenhauses, als auch des Senats genießt, erscheint unter bestimmten Umständen nicht als ausgeschlossen. Eine »globale Perestroika« könnte jedoch auch aus einer aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlichen Richtung ihren Ausgang nehmen. Ein entscheidendes weltpolitisches Ereignis, nach dem die dritte demokratische Transformation kaum noch aufzuhalten sein wird, liegt in einer Demokratisierung Chinas. Mit einer Demokratisierung Chinas wird der Anteil der Weltbevölkerung, der in Demokratien lebt, auf einen Schlag von heute rund 60 auf rund 80 Prozent hochschnellen. Die dann noch verbliebenen autokratischen Regime würden unter immer größeren Druck geraten und das Ziel einer vollständigen Demokratisierung der Staatenwelt in die Nähe rücken. Zugleich wäre die demokratische Legitimation der allermeisten Abgeordneten eines Weltparlaments kaum noch anzuzweifeln. Ein demokratisches China wird die weltpolitische Landschaft entscheidend verändern und könnte sein wirtschaftliches und demographisches Gewicht in Waagschale werfen, um endlich eine Demokratisierung und Stärkung der Global Governance durchzusetzen.

Nicht zuletzt angesichts der Totalüberwachung der chinesischen Gesellschaft durch die staatlichen Sicherheitsbehörden und die Unterdrückung jeder organisierten Opposition in China werden Szenarien einer erfolgreichen Demokratisierung für die nächste Zukunft als unwahrscheinlich angesehen. Doch die Geschichte war schon immer für Überraschungen gut. Ein viel diskutierter Aspekt ist zum Beispiel die sozioökonomische Entwicklung. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in China hat mit über 7.000 US-Dollar bereits die Schwelle überschritten, die von vielen Sozialwissenschaftlern als Garant für das Einsetzen eines Demokratisierungsprozesses angesehen wird. Der Politikwissenschaftler Minxin Pei weist mit Blick auf China daraufhin, dass es mit Ausnahme von Ölförderländern kaum autokratische Regime gibt, die bei einem Pro-Kopf-Einkommen von über 6.000 US-Dollar überleben konnten.³⁰ Nach Umfragen aus dem Jahr 2003 sollen bereits damals 72,3 Prozent der chinesischen Befragten gesagt haben, dass Demokratie für China wünschenswert wäre.³¹ 60 Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde eine von tausenden mutigen Chinesen unterzeichnete »Charta 08« veröffentlicht, die eine neue demokratische Verfassung für China fordert. In dem von vielen prominenten Chinesen unterstützten Dokument heißt es, dass sich der Autoritarismus in der Welt im allgemeinen Niedergang befinde und dass dieser Prozess auch vor China nicht Halt machen werde.³²

Der theoretische und ideologische Unterbau, auf den sich eine kosmopolitische Initiative einer neuen demokratischen Führung Chinas stützen könnte, wird bereits gelegt. Er besteht in einer Neuinterpretation des »Tianxia«-Gedankens aus der Zhou-Dynastie aus der Perspektive der globalen Moderne. Nach Ansicht des Philosophen Zhao Tingyang, der in Chinas intellektuellen Kreisen als Star gelten soll, kann China durch eine Förderung dieses Konzepts eine Weltmacht werden, die zum Wohle aller Verantwortung übernimmt – nicht im Sinne eines imperialistischen Imperiums, sondern als progressive Kraft, die zur Realisierung eines »Tianxia«-Systems in der Welt beiträgt. Die zentrale Idee besteht nach Feng Zhang von der Tsinghua-Universität in Peking darin, »die Welt in eine Heimat für alle Menschen« zu transformieren. Das Konzept verabschiedet sich vom Nationalstaat als höchster politischer Einheit und verlangt die Etablierung einer Weltinstitution, die sich um alle globalen Belange kümmern kann. »Das läuft darauf hinaus zu sagen, dass im Tianxia-System eine Weltregierung notwendig ist«, bilanziert Zhang.³³ Diese soll ausdrücklich auf einer inklusiven Weltverfassung basieren.³⁴ Nach Einschätzung von Allen Carlson von der Cornell-Universität in New York hat die außenpolitische Elite Chinas »mit potentiell weitreichenden

Konsequenzen« zum ersten Mal in der Geschichte des Landes damit begonnen, die vom westlichen Denken geprägten normativen Strukturen des internationalen Systems zu hinterfragen.³⁵

Am Anfang

Die dritte demokratische Transformation ist im Kern ein Werte- und Bewusstseinswandel. Wie Michael Koenig-Archibugi von der London School of Economics in einem lesenswerten Aufsatz bemerkt hat, ist die Möglichkeit globaler Demokratie nicht unabhängig vom Glauben der Menschen an die Möglichkeit globaler Demokratie.³⁶ Mit diesem Buch wollen wir gezeigt haben, dass globale Demokratie nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Doch sie kommt nicht von selbst, sondern nur als Resultat unserer Anstrengung. Dabei brauchen wir einen langen Atem. Der strukturelle Wandel hin zu einer Weltdemokratie ist ein langfristiger Prozess. Zugleich gibt es unzählige akute Probleme, die sofortige Aufmerksamkeit benötigen. Es ist allerdings ein fataler Irrweg, deshalb keine Energie in den notwendigen langfristigen Wandel zu stecken. Das Kurzfristdenken wird den Evolutionssprung nicht bewerkstelligen und weiter in die Sackgasse führen. Eine fantastische und erfüllende Zukunft der Menschheit in Harmonie mit der Natur ist möglich. Je weiter das Anthropozän voranschreitet und je besser wir die Herausforderungen dieses Zeitalters meistern, desto mehr werden die Menschen begreifen, dass die letzten 10.000 Jahre der Menschheitsgeschichte nur ein Anfang waren. Wie H.G. Wells vor fast 100 Jahren in »The Outline of History« schrieb, ist die Geschichte eine »Beschreibung von Anfängen«. »Wir können es wagen vorherzusagen«, so Wells, »dass die nächsten Kapitel, die noch zu schreiben sind, von der Vollendung weltweiter politischer und sozialer Einheit berichten werden, wenn auch mit langen Zwischenphasen des Rückschritts und der Katastrophen. Aber wenn das erreicht wurde, wird das keine Ruhepause bedeuten, nicht einmal eine Atempause, bevor sich neue Anstrengungen und neue, noch größere Bemühungen ergeben. Die Menschheit wird sich vereinen, nur um die Suche nach Wissen und Fähigkeiten zu intensivieren und wie eh und je neue Gelegenheiten anzustreben.«³⁷ Endlich wird die Menschheit ihre Kreativität und Energie voll entfalten können und zwar auf produktive Weise zum besten Wohle aller und des Lebens auf der Erde. Dieser Traum *kann* Wirklichkeit werden. Er *muss* Wirklichkeit werden, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll.



